

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich 3,00 M. vierteljährlich 8,00 M. halbjährlich 15,00 M. jährlich 30,00 M. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,00 M. pro Monat. Eintragungen in die Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.  
 Erklärt Italia.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonialschiffe oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das fertige Blatt 20 Pf. (zwei 10 Pf. fertige Blätter 30 Pf.), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schiffsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Dienstag, den 19. September 1916.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## An die Parteigenossen!

Von unbekanntem Personen, die sich unter dem Deckmantel „Opposition“ verbergen, wird das Reich fortgesetzt mit Flugchriften überschwemmt. Man weiß nicht immer mit Sicherheit, welcher besonderen Gruppe der vielgestaltigen Opposition im einzelnen Falle durch die Flugblätter gedient werden soll. Die fortgesetzte Herabwürdigung der Parteipolitik, die unausgesetzte mühe Beschimpfung und Verdächtigung der im Vordertreffen der Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften und Personen müssen schließlich zur Zerrüttung der Arbeiterorganisationen führen.

Die meisten der anonymen Verleumdungen sind so handgreiflich töricht, daß sie einer Widerlegung nicht bedürfen; an einem besonderen Beispiel soll aber doch einmal öffentlich gezeigt werden, wie gewissenlos in den Flugchriften gearbeitet wird. In den „Mitteilungen der Opposition Nr. 4“ wird neben allerlei anderen Unwahrheiten auch behauptet, daß der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften Arbeiter in den Rücken gefallen seien, die einen Sympathiestreif unternommen hätten.

Aber damit nicht genug:

„Durch die Drohung, daß sonst das schöne Dienstverhältnis der Gewerkschafts- und Parteinstanzen zur Regierung in die Brüche gehen würde, haben die Militärbehörden sich die Generalkommission der Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteivorstand gefügig gemacht. Die gepanzerte Faust der Militärdiktatur hat sie in den Raden gepackt.“

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat den Ufas gegen die streikenden Arbeiter entworfen, und in alleruntertänigstem Gehorsam hat auch der zitternde Parteivorstand seinen Namen darunter gesetzt. Gegen Arbeiter, gegen streikende Arbeiter, gegen Parteigenossen in der Zeit des Belagerungszustandes kehren sich gemeinsam die beiden höchsten Instanzen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland!

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß jedes Wort dieser Behauptungen eine freche Verleumdung ist. Weder eine Militär- noch irgendeine andere Behörde hat auch nur den geringsten Versuch gemacht, auf die Generalkommission oder den Parteivorstand in dem angegebenen Sinne einzuwirken. Weder hat die Generalkommission den Entwurf zu irgendeinem Ufas gemacht, unter den der Parteivorstand seinen Namen gesetzt hätte, noch hat eine Verbreitung der Warnung, wie gleichfalls behauptet wird, unter irgendwelcher Aufsicht von Polizeiorganen stattgefunden.

Wahr dagegen ist, daß die beiden Körperschaften, denen die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter das größte Vertrauen schenken, aber auch mit der schwersten Verantwortung belasteten, gemeinsam gewarnt haben vor den gewissenlosen Aufforderungen vollkommen unbekannter Personen zu Handlungen, die für jeden Teilnehmer die schwersten Folgen haben könnten. Diese Warnung vor dem Treiben anonymer Flugblattschreiber halten wir vollkommen aufrecht und wiederholen sie hiermit.

Die Einstellung der Arbeit kann schon in friedlichen Zeiten eine so folgenschwere Handlung sein, daß alle Gewerkschaften besondere Streikbestimmungen getroffen haben. Nach diesen soll jede unüberlegte Arbeitseinstellung unmöglich gemacht werden; sie wird abhängig gemacht von der Zustimmung der in Betracht kommenden Organisationen bzw. der Zentralvorstände. Jetzt, im Kriege, sollten nun die berufenen Körperschaften ruhig zusehen, wie durch ein unverantwortliches Treiben unbekannter Personen gutgläubige Arbeiter in das Unglück gestürzt, die mühsam aufgebauten Organisationen auf das schwerste gefährdet, wenn nicht direkt dem Untergange geweiht werden?

Wo sind denn die Adressen der geheimnisvollen Flugblattschreiber, an die sich die Arbeiter oder deren Angehörige doch wenden müssen, wenn sie infolge der Treibereien durch „wilde Streiks“ in Not geraten und gezwungen sind, Unterstufungen anzufordern? Jeder sozialistisch geschulte Arbeiter wird uns zustimmen, wenn wir darüber wachen, daß die Organisationen nicht beiseite geschoben und über deren Köpfe hinweg unbekannt Personen die Arbeiter zu dirigieren suchen.

Berlin, den 18. September 1916.  
 Der Parteivorstand.  
 Die Generalkommission.

## Das neue griechische Kabinett.

Athen, 17. September. (B. Z. V.) Neuentdeckung. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß das neue Kabinett ein politisches Kabinett sei, das sich aus Deputierten zusammensetze und selbstverständlich die in der Note vom 21. Juni aufgestellten Forderungen der Entente in demselben Sinne annehme, wie sie das Kabinett Jannis angenommen habe.

Bern, 18. September. (B. Z. V.) Zur Zusammenfassung des neuen griechischen Ministeriums schreibt „Corriere della Sera“, beachtenswert sei der vollständige Mangel des politischen Charakters des Kabinetts und der Ausschluß irgendwelcher Schilbalters. Das Ministerium sei einzig zur Erledigung der laufenden Geschäfte bestimmt. Die Ententemächte verlangten nunmehr von Griechenland nichts weiter als Neutralität.

Bern, 18. September. (B. Z. V.) „Secolo“ meldet aus Saloniki: Nach der Militärrevolte, die wenig Anklang gefunden hat, und nach dem unerwarteten Austritt Jannis' wollen die revolutionären Kreise in Saloniki die Lage dadurch klären, daß sie ganz Griechisch-Mazedonien und die altgriechischen Inseln von Griechenland trennen und unter die probitorische Regierung von Venizelos stellen. Es sei jedoch schwierig zu sagen, wieviel Wahrscheinlichkeit für die Verwirklichung dieses Planes des nationalen Verteidigungskomitees in Saloniki bestehe, dessen beschränkte Tätigkeit unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit erfolge. Der politische Wechsel in Saloniki werde von den Alliierten und den Ereignissen in Athen abhängen.

## Eine Auseinandersetzung über Kolonialpolitik.

Die Korrespondenz des Aktionsausschusses der Deutschen Kolonialgesellschaft „Deutsch-Nebersee“ veröffentlicht in ihrer soeben erschienenen Nummer einen Briefwechsel, der im Hinblick auf die seit mehreren Monaten in verschiedenen bürgerlichen Blättern geführten Auseinandersetzungen über die Ziele der deutschen Kolonialpolitik recht interessant ist. In einem der veröffentlichten Briefe bittet der Vorsitzende der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg den Staatssekretär Dr. Solff um nachträgliche Erläuterung seiner Äußerungen, die er in seinen kürzlich vorgetragenen Vorträgen machte, da diese Äußerungen in manchen Kreisen „Bedenken und Verunsicherung“ hervorgerufen hätten.

„Euerer Erzählung haben — heißt es in dem Briefe weiter — seinerzeit in dem in Berlin unter meinem Vorsitz gehaltenen inhaltreichen Vortrage ausgeführt, daß Deutschland unter allen Umständen an kolonialer Betätigung festhalten müsse, selbst für den theoretisch möglichst ungünstigsten Fall, daß es uns in diesem Kriege nicht gelingen sollte, die Seeherrschaft Englands völlig zu beseitigen.“

Das ist eine Auffassung, der auch ich und mit mir die ganze Deutsche Kolonialgesellschaft zustimmt. Ich habe meinerseits daraus lediglich die Forderung eines unbedingten Festhaltens an unserer kolonialen Betätigung entnommen. Andere Zuhörer haben diese Sache aber anscheinend dahin verstanden, daß Euerer Erzählung die Seeherrschaft Englands als etwas absolut und dauernd Gegebenes, die eigene Seegeltung Deutschlands aber als etwas Unmögliches und in gewissem Sinne auch Unnütziges betrachtet.

Ich bin überzeugt, daß dies eine Verkennung der Auffassung Euerer Erzählung ist, wie ich doch, wie Euerer Erzählung der auch von der Deutschen Kolonialgesellschaft vertretenen Forderung, die zwar nicht so weit geht, an die Stelle der Seeherrschaft Englands eine Seeherrschaft Deutschlands zu setzen, die aber eine ausreichende Sicherung der überseeischen und kolonialen Betätigung Deutschlands verbürgen soll.

Angesichts der in einzelnen kolonialen Kreisen entstandenen Verunsicherung wäre ich Euerer Erzählung für eine den Mitgliedern der Deutschen Kolonialgesellschaft durch die „Kolonialzeitung“ bekannt zu gebende Rückäußerung dankbar.“

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solff bemerkt in der Antwort auf diesen Brief, die Auffassung des Herzogs Johann Albrecht entspreche durchaus seinen Anschauungen.

„Ich teile durchaus die Auffassung Euerer Hoheit, daß Deutschland auf der Grundlage eines starken und gegen seine Feinde gesicherten Deutschen Reiches für die friedliche und freie Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft sowohl eine Flotte braucht, die unsern Handel über See die unbedingte Betätigung sichert, als auch gleichzeitig einen Kolonialbesitz, der uns möglichst unabhängig von dem Tribut an fremde Staaten macht für den Bezug derjenigen Rohprodukte, deren unsere Bevölkerung in Landwirtschaft und Industrie benötigt. Also statt: entweder oder — sowohl als auch!“

Der mißverständliche Teil meiner Ausführungen war an diejenigen gerichtet, welche die wahren Ursachen der feindlichen Invasion in unsere Schutzgebiete verlernen und deshalb heimlich die deutsche Kolonialpolitik in Zukunft entweder ganz verworfen oder nur bedingungsweise wieder aufnehmen wollen. Demgegenüber stelle ich fest, daß die Gewinnung eines Kolonialreiches eine für Deutschlands Weltgeltung unbedingt notwendige Forderung sein muß.“

Auf Grund der bisherigen Äußerungen der rechtsstehenden Gegner des Solffschen Programms glauben wir nicht, daß sie nach den hier gegebenen Erläuterungen ihre Einwendungen fallen lassen werden. Ueber diese Frage dürften schon die nächsten Tage Klarheit schaffen. Darüber hinaus sind die Erklärungen Solffs auch für weitere Kreise von Interesse, da sie den Kurs der künftigen deutschen Kolonial- und Flottenpolitik deutlich erkennen lassen.

## Staatliche Selbstversorgungswirtschaft.

Von Heinrich Cunow.

Der Krieg hat manche volkswirtschaftlichen Anschauungen aus alter Zeit wieder aufgefrischt, indem einzelne durch die wirtschaftliche Verkehrsabgeschlossenheit Deutschlands hervorgerufen, nur in ihrem Zusammenhang mit der anormalen heutigen Gesamtwirtschaftslage zu verstehende Erscheinungen in breiter Weise verallgemeinert und nicht als durch die heutigen Kriegsverhältnisse bedingte Sondererscheinungen, sondern gewissermaßen als volkswirtschaftliche Tatsachen an sich betrachtet werden, aus denen sich auch für das andersgeartete Wirtschaftsleben nach dem Kriege ohne weiteres all-gemeingültige Folgerungen ergeben.

Zu diesen alten Anschauungen zählt die heute oft vernehmbar Ansicht, der Krieg sei doch eigentlich ein ganz nützlich Handwerk, denn er schaffe, da er der Kriegsmaterialien bedürfe, für die Zurückbleibenden flote Arbeit und steigere den Arbeitslohn: eine Auffassung, die ganz unberücksichtigt läßt, daß der Krieg nicht nur einen enormen Teil der Arbeitskräfte, die sonst in nützlich wertvoller Tätigkeit angewandt werden, dieser Beschäftigung entzieht und ihre Aktivität auf Zerstörungswerke richtet, sondern daß auch die von den Zurückbleibenden hergestellten Kriegsmaterialien nicht der Vermehrung des Nationalreichtums oder genau ausgedrückt, der zur Befriedigung des allgemeinen Bedarfs verfügbaren Verbrauchsmenge dienen, sondern draußen für wirtschaftlich unproduktive Zwecke verwandt werden.

Eine andere nicht minder falsche Auffassung ist, daß der Krieg, da er Deutschlands Einfuhr fremder Erzeugnisse verringert hat, insofern einen wirtschaftlichen Vorteil bedeute, als er, wie es gewöhnlich heißt, das Geld im Lande festhält. Wenn der Krieg dazu geführt hat, daß Deutschland heute weniger Waren vom Auslande bezieht als sonst, so hat er andererseits auch bewirkt, daß Deutschland viel weniger Waren in das Ausland ausführt, also, um in der üblichen Ausdrucksweise zu bleiben, viel weniger Geld aus dem Auslande in Deutschland hereinkommt, und zwar ist noch immer die Einfuhr weit stärker als die Ausfuhr, weshalb auch der Wechselkurs ein sehr niedriger ist, so daß Deutschland für die Waren, die es aus dem Auslande bezieht, ein Aufgeld von 30 Prozent und mehr zahlen muß. Zudem aber liegt dieser ganzen Auffassung die unrichtige Vorstellung zugrunde, daß die eingeführten und ausgeführten Waren von Land zu Land in Geld beglichen werden, also für die eingeführten Waren Geld aus dem Lande herausströmt, für die ausgeführten Waren aber hereinströmt. Tatsächlich liegt die Sache so, daß, wenn auch die Rechnungen natürlich auf Geldsummen lauten, die eingeführten Waren gewöhnlich größtenteils mit den ausgeführten bezahlt werden und die Differenz, die vielleicht bleibt, auch nicht in Geld entrichtet, sondern durch gegenseitige Forderungen für Arbeitsleistungen (wozu z. B. auch die Transporte für ein- und ausgeführte Waren durch Schiffe, also die Frachtforderungen gehören) sowie durch die Einkünfte aus den im Auslande angelegten Kapitalien oder aus angekauften fremden Staatspapieren ausgeglichen wird.

Es ist denn auch, wie ich erst kürzlich im „Vorwärts“ (Nr. 239 im Artikel „Die kommende Wirtschaftskrise“) näher darzulegen versucht habe, ganz verfehlt, die ungewöhnliche Geldflüssigkeit, die trotz aller Kriegsanleihen seit Jahr und Tag in Deutschland vorhanden ist, einfach darauf zurückzuführen zu wollen, daß „das Geld im Lande bleibt.“ Der sogenannte Geldreichtum erklärt sich größtenteils daraus, daß große Kapitalien die zu Anfang des Krieges in der Form von Warenbeständen aller Art vorhanden waren, inzwischen mehr und mehr in Geld umgewandelt worden und daher jetzt in Geldform, zumeist in der Form von Papiergeld, vorhanden sind.

Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Umwandlung in Geld, wie auch andererseits die Unterbringung der Kriegsanleihen im eigenen Lande nicht ein Vorteil sein kann. Ob sie es ist oder nicht, das hängt von den besonderen Umständen ab. Gerade wie auch der Ausverkauf eines einzelnen Warenlagers für den Besitzer nicht immer einen Vorteil bedeutet. Ist er gezwungen, die Waren unter Preis zu verkaufen und später zum Wiederankauf ähnlicher Waren eine viel größere Geldsumme aufzuwenden, als er erhalten hat, dann ist es ein Nachteil. Hat er dagegen gute Preise erhalten oder ist er Waren losgeworden, die sonst veraltet oder verdorben wären, ist es für ihn ein Vorteil. Und was hier von den wirtschaftlichen Maßnahmen des einzelnen gilt, das gilt mutatis mutandis auch von den volkswirtschaftlichen Erscheinungen: man kann sie nicht richtig für sich nach irgend einem abstrakten Schema beurteilen, sondern immer nur in ihrem wechselnden besonderen Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaftslage.

Aber während die obigen wirtschaftlichen Anschauungen in unserer Partei im ganzen nur wenig verbreitet sind, scheint die Ansicht einen ziemlich weiten Anklang gefunden zu haben, Deutschland müsse mit aller Kraft dahin streben, wirtschaftlich möglichst unabhängig vom Auslande zu werden, das heißt, es müsse seinen Bedarf

an landwirtschaftlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen möglich durch eigene Erzeugung zu decken suchen und daher solche Bestrebungen durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik, auch durch Schutzgölle, unterstützen. Zwar wird das Ziel nicht immer so offen angegeben, sondern von einer sich selbst genügenden Volkswirtschaft, von einer Ausdehnung des Prinzips der Selbstversorgung auf die Volkswirtschaft, von der Uebertragung des Prinzips der geschlossenen Hauswirtschaft auf die Nationalwirtschaft usw. gesprochen; aber sieht man näher zu, was damit gemeint ist, so ergibt sich, daß hinter allen solchen Redewendungen lediglich die Ansicht steckt, die deutsche Landwirtschaft müsse durch Volksschutzmaßnahmen instand gesetzt werden, alle nötigen Lebensmittel und Rohstoffe, die Deutschlands Bevölkerung gebraucht und auf Deutschlands Boden gedeihen, möglichst selbst herzustellen. Der Plan geht also dahin, aus Deutschland eine Art von „geschlossener Hauswirtschaft“ im großen zu machen.

Nun soll gar nicht geleugnet werden, daß für künftige Kriegsfälle eine derartige „Selbstversorgung“ nützlich sein könnte. Aber die Frage ist denn doch: läßt sich eine derartige Abkehr von der im Laufe der kapitalistischen Entwicklung immer größer gewordenen internationalen Arbeitsteilung überhaupt durchführen, und wenn das mehr oder weniger möglich sein sollte, würde eine solche nationalwirtschaftliche Selbstversorgung nicht ein Rückschritt, nicht eine künstliche Konservierung einer überlebten Wirtschaftsform sein? Vor allem aber ergibt sich für uns als Sozialdemokraten die Frage: liegt eine derartige Konzentration der produktiven Kräfte auf die Landwirtschaft tatsächlich im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und ihres Aufstiegs?

Selbstverständlich kann die deutsche Landwirtschaft niemals alle jene Erzeugnisse liefern, die ein heißes Klima erfordern; aber auch jene Produkte, die der deutsche Boden unter den gegebenen klimatischen Verhältnissen hervorbringen kann, vermag sie, selbst wenn noch manches Gebland kulturfähig gemacht würde, nicht in der erforderlichen Menge zu liefern. Nach der Berechnung von Dr. A. Schulte im Hofe hätten z. B. im Jahre 1913 nicht weniger als 480 000 Hektar mit Naps und Rüben bestellt werden müssen, um das Quantum Del zu liefern, das in jenem Jahr vom Ausland eingeführt wurde. Weiter würde, um den Flach, den Deutschland im Jahre 1913 eingeführt hat, in eigenen Lande zu produzieren, 115 000 Hektar erforderlich gewesen sein. Und um die in Deutschland verbrauchte Wolle zu erzeugen, würden 73 1/2 Millionen Schafe nötig sein; es müßten also, da Deutschland nur 5 1/2 Millionen besitzt, 68 Millionen Schafe mehr gehalten werden.

Im ganzen würde nach der Berechnung des genannten Volkswirtschaftlers, wenn Deutschland bei gleichem Verbrauch und bei gleicher Bevölkerungszahl, wie vor dem Kriege, die damals eingeführten Nahrungs- und Genussmittel sowie die eingeführten tierischen Produkte selbst erzeugen wollte, eine Vermehrung der Anbau- und Weidelande um mindestens 6 Millionen Hektar nötig sein. Da nach der statistischen Aufnahme vom Jahre 1907 die damals im ganzen Deutschen Reich landwirtschaftlich benutzte Fläche (mit Einschluß des Forst- und Gartenlandes sowie der Haus- und Hofräume) 32 Millionen Hektar betragen hat, so müßte also der angebaute und der als Weiden- und Weideland benutzte Boden ungefähr um ein Viertel ausgedehnt werden. Woher soll dieses Land genommen werden? Es würde demnach die empfohlene Selbstversorgung schließlich nur darauf hinauslaufen, die heute angebaute Erzeugnisse durch andere zu ersetzen. Zudem aber würde eine derartige Ausdehnung der Landwirtschaft, wenn sie möglich wäre, der Industrie eine große Anzahl Arbeitskräfte entziehen und dadurch den industriellen Fortschritt hemmen. Liegt eine solche Rückbewegung vom Industrie- zum Agrarstaat wirklich im wirtschaftlichen und politischen Interesse der Arbeiterklasse?

Daß es nicht im einzelnen volkswirtschaftlich nützlich sein kann, den Anbau bestimmter Früchte, Gemüse und Rohstoffe auszudehnen und dafür die Erzeugung anderer einzuschränken, soll nicht bestritten werden, wie es andererseits auch angebracht sein mag, von manchen unentbehrlichen Rohstoffen größere Vorräte als bisher zu halten; aber von einer ausreichenden Selbstversorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen kann heute nach der industriellen Entwicklung und der enormen Bevölkerungszunahme Deutschlands während der letzten vierzig Jahre nicht mehr die Rede sein. Der Fortschritt weist viel mehr auf eine Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung und Ausweitung des Handelsverkehrs hin.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. September. (W. Z. B.) (Verspätet eingetroffen.) Bericht des Hauptquartiers vom 14. September. An der Hellasfront strengen wir einen Teil der feindlichen Stellungen. Am 12. September veranlaßten wir in einem feindlichen Lager durch überraschendes Feuer erheblichen Schaden und zerstörten Artilleriebeobachtungsstellungen. In Persien wollen die Russen, wie sie in ihrem Bericht bekannt geben, die Ortschaft Bane besetzt haben. Gegenwärtig befindet sich kein russischer Soldat in diesem Ort. Auf den anderen Fronten hat sich nichts Wichtiges ereignet.

Konstantinopel, 15. September. (W. Z. B.) (Verspätet eingetroffen.) Bericht des Hauptquartiers. An der Warrifront wurden Versuche des Feindes, mit beträchtlichen Kräften vorzurücken, mit für ihn schweren Verlusten zurückgeschlagen. Wir erbeuteten eine große Menge von Waffen und machten andere Beute. An der Hellasfront unternahmen wir gegen den Feind glückliche überraschende Angriffe. An der Kaukasusfront dauern die Gefechte der Aufklärungsabteilungen auf dem rechten Flügel an. Wir machten eine Anzahl Gefangene. Auf dem linken Flügel wurde ein feindlicher Angriffsversuch abgeschlagen. Zwei feindliche Flugzeuge, die von zwei Flugzeugschiffen, die sich dem Orte G a z a an der Küste von Palästina genähert hatten, aufgestiegen waren, erschienen über Bir es Sebaa. Sie wurden aber durch unser Feuer vertrieben. Von den übrigen Fronten ist keine wichtige Meldung eingegangen. An der Front unserer Truppen in Galizien fanden Gefechte von Aufklärungsabteilungen zu unseren Gunsten statt.

### Vizegeneralissimus.

Konstantinopel, 18. September. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 17. September. Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel war ein türkischer Ueberfall erfolgreich. Auf dem linken Flügel drängten wir feindliche Erkundungsabteilungen unter Verlusten für sie zurück.

Front gegen Aegypten: Mehr Bomben, welche zwei feindliche Flieger, begünstigt vom Mondschein, auf El

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. September 1916. (W. Z. B.)

Die Kämpfe in West und Ost dauern an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die gewaltige Sommerlacht führte auf 45 Kilometer Front von Thiepval bis südlich von Bernandovillers zu äußerst erbitterten Kämpfen, die nördlich der Somme zu unseren Gunsten entschieden sind, südlich des Flusses die Aufgabe völlig eingeebener Stellungsteile zwischen Barleuz und Bernandovillers mit den Dörfern Berny und Denicourt zur Folge hatten. Unsere tapferen Truppen haben glänzende Beweise ihrer unerschütterlichen Ausdauer und Opferfreudigkeit geliefert, ganz besonders zeichnete sich das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 13 südlich von Bouchavesnes aus.

Starten feindlichen Luftgeschwadern warfen sich unsere Flieger entgegen und schossen in siegreichen Gefechten zehn Flugzeuge ab.

Heeresgruppe Kronprinz.

Zeitweise lebhafter Feuerkampf im Maasgebiet. Westlich von Fleury vorgehende feindliche Abteilungen wurden zur Umkehr gezwungen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Westlich von Luck verhinderten wir durch unser wirkungsvolles Sperrfeuer ein erneutes Vordringen des Feindes aus seinen Sturmstellungen gegen die Truppen des Generals v. d. Marwitz. Es kam nur nördlich von Szelow zu einem schwächlichen Angriff, der leicht abgewiesen wurde. Viele Tausende gefallener Russen bedecken das Kampffeld vom 16. September.

Zwischen dem Sereth und der Strypa endeten die wiederholten russischen Angriffe auf die Gruppe des Generals von Eben mit einem in gleicher Weise verlustreichen völligen Mißerfolge, wie am vorhergehenden Tage.

Front des Generals der Kavallerie

Erzherzog Carl.

In schweren Kämpfen haben sich türkische Truppen, unterstützt durch die ihnen verbündeten Kameraden, westlich der Flota Ripa der Angriffe des überlegenen Gegners erfolgreich erwehrt. Eindringende feindliche Abteilungen sind wieder geworfen. Deutsche Truppen unter dem Befehl des Generals von Gersol traten beiderseits der Karajowla zum Gegenstoß an; dem die Russen nicht standhalten vermochten. Wir haben den größten Teil des vorgestern verlorenen Bodens wieder in der Hand. Abgesehen von den hohen blutigen Verlusten hat der Feind über 3500 Gefangene und 16 Maschinengewehre eingekapert.

In den Karpathen sind russische Angriffe abgeschlagen.

In Siebenbürgen sind südöstlich von Hähing (Hatzeg) neue für uns günstige Kämpfe im Gange. Wir nahmen unter anderem 7 Geschütze.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenski.

Nach dreitägigem Rückzuge vor den verfolgenden verbündeten Truppen haben die geschlagenen Russen und Rumänen in einer vorbereiteten Stellung in der allgemeinen Linie Rasova—Cobadinu—Tuzla bei neu herangeführten Truppen Aufnahme gefunden. Deutsche Bataillone sind längs der Donau südlich von Rasova bereits bis zur feindlichen Artillerie durchgedrungen, haben 5 Geschütze erbeutet und Gegenangriffe abgewiesen.

Mazedonische Front.

Mehrfache vereinzelte Angriffe des Gegners an der Front zwischen dem Prespa-See und dem Bardar blieben ergebnislos.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

## Deutsche Seeflugzeuge gegen englische Seestreitkräfte.

Amtlich. Berlin, 18. September. (W. Z. B.)

Deutsche Seeflugzeuge haben am 17. September mittags vor der Flandrischen Küste stehende feindliche Seestreitkräfte ausgiebig mit Bomben belegt. Auf einem Flugzeugmutterstschiff wurden einwandfrei Treffer beobachtet. Ein feindlicher Flieger wurde durch Abwehrfeuer verdrängt und zur Landung auf holländischem Gebiet gezwungen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. September 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Südöstlich von Hatzeg (Hähing) neue erfolgreiche Kämpfe. Es wurden gestern sieben rumänische Geschütze und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Nordöstlich von Fogaras ist der Feind ohne Kampf in Adhalom (Reps) eingedrückt.

Heeresfront des Generals der Kavallerie

Erzherzog Carl

In den Karpathen griff der Feind zwischen der Dreiländerecke südwestlich von Dorna Batra und Orniawa an zahlreichen Stellen an. Die verbündeten Truppen schlugen ihn überall zurück.

Beiderseits der Lipnica Dolna führte ein Gegenangriff der dort kämpfenden deutschen Truppen fast zur völligen Wiedererlangung der vorgestern vom Feinde genommenen Stellungen. Nordöstlich des eben genannten Ortes wehrten ottomanische Regimenter im Verein mit ihren verbündeten starke russische Vorstöße in erbittertem Ringen siegreich ab. Die Armee des Generals Graf Voilamer brachte 16 Offiziere, mehr als 4000 Mann, 16 Maschinengewehre ein.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Bei der Armee des Generalobersten v. Boehm-Ermoli erneuerte der Gegner gestern nachmittags zwischen Zborow und Perepolnitsi seine Angriffe. Die feindlichen Massen mußten überall der zähen Ausdauer der Verteidiger weichen. Die Armee des Generalobersten v. Terstyanitski hatte nur mehr einen schwächlichen Vorstoß abzuwehren. Andere Angriffsversuche wurden bereits im Keime erstickt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern erneuerte die italienische dritte Armee die Angriffe gegen unsere ganze Front auf der Karst-Hochfläche. Auch an diesem vierten Schladtag behaupteten die zähen Verteidiger ihre Stellungen. Wo der Feind in die ersten Gräben eindrang, wurde er durch Gegenangriffe zurückgeworfen. An vielen Stellen aber drangen seine Vorstöße schon in konzentrischer Feuer unserer drabten Artillerie unter schwersten Verlusten zusammen. Das bewährte Infanterie-Regiment Nr. 87 hatte bei Lohica hervorragenden Anteil an der erfolgreichen Abwehr des feindlichen Ansturmes. Im Nordabschnitt der Hochfläche schlugen Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 39 drei Angriffe der italienischen Grenadiere blutig ab.

Das lebhafteste Geschützfeuer von der Wippach bis in die Gegend von Blava hält an.

An der Felsental-Front wiederholten sich die vergeblichen Vorstöße schwächerer Abteilungen gegen unsere Stellungen auf dem Fassaner-Kamm.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

von Oeser, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 17. auf den 18. hat ein Seeflugzeuggeschwader neuerdings die Bahnhofsanlagen von Mestre erfolgreich mit schweren und leichten Bomben belegt und in Bahngebäuden zahlreiche Treffer erzielt. Trotz heftigster Beschädigung sind die Flugzeuge unverletzt eingedrückt.

Flottenkommande.

Kritisch warfen, richteten keinen Schaden an. Eine feindliche Reiterabteilung, die östlich von Suez vorzudringen versuchte, wurde zurückgeschlagen.

Kein Ereignis von Bedeutung an den übrigen Fronten.

Der Stellvertreter

des Oberbefehlshabers.



Zum deutsch-bulgarisch-türkischen Sieg in der Dobrusha.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 17. September. (W. Z. B.) Bulgarischer Generalstabsbericht vom 17. September:

Mazedonische Front: Die Truppen des rechten Flügels stehen im Kampfe südlich Florina. Während des ganzen Tages am 16. September beiderseitiges starkes Artilleriefeuer. Alle nächtlichen Angriffe des Feindes wurden abgewiesen. In der Moglenica-Niederung herrscht Ruhe. Am rechten Bardarusfer Ruhe, am linken heftige Artilleriekämpfe. Ein schwacher Angriff des Gegners westlich Dolzeli wurde durch unser Feuer abge schlagen. Wir haben mehrere Dutzende Gefangene gemacht

und drei Maschinengewehre erbeutet. An der Belasica Planina-Front Ruhe. Im Strumatal versuchte die feindliche Infanterie, nach starker Artillerievorbereitung einen Angriff gegen die Dörfer Komarjan, Dumen-Kamila und Dschami Rahale, wurden jedoch durch einen Gegenangriff auf das rechte Struma-Ufer zurückgeworfen.

An der ägäischen Küste lebhaftes Kreuzen der feindlichen Flotte.

Rumänische Front: An der Donau bei Telsja beiderseitiges schwaches Artilleriefeuer. Wir haben im Hafen von Turn-Severin einen Schlepper versenkt. Die Vorrückung in der Dobrusha dauert an. Der Gegner hat die besetzte Stellung bei Cobadinu besetzt. Unsere Truppen sind in unmittelbarer Fühlung mit dem Gegner. Die Kavallerie hat den Bahnhof von Agemlar besetzt und daselbst 16 mit Lebensmitteln beladene Waggons erbeutet. Gestern versuchte eine feindliche Brigade einen Gegenangriff gegen unsere äußerste linke Flügelschwadron beim Dorfe Petucet, wurde aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen, wobei sie mehrere Dutzend Gefangene und ein Geschütz, acht Munitionswagen, vier Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial in unseren Händen zurückließ. Aus der Zahl der Toten und Verwundeten, sowie aus der großen Menge des dem Kampffelde zerstreuten Kriegsmaterials geht hervor, daß der Gegner in den Kämpfen am 12., 13. und 14. September ungeheure Verluste erlitten hat.

An der Schwarzen Meerküste herrscht Ruhe.

## Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 17. September nachmittags. (W. Z. B.) Außer ziemlich lebhaftem Artilleriekampf an der Sommerfront und in den Abschnitten von Berny und Bernandovillers auf der gesamten Front im Laufe der Nacht kein Ereignis.

Flugdienst. Ein feindliches Flugzeug ist gestern über den französischen Linien in der Nähe von Vaches, ein zweites bei Vellon abgeschossen worden. Es bestätigt sich, daß ein Flugzeug vom Feldwebel Lenoit mit einem Maschinengewehr nördlich Douaumont abgeschossen worden ist und zerstückert zu Boden stürzte; es ist dies das

achte von diesem Flieger vernichtete Flugzeug. Ebenso bestätigt es sich, daß Feldwebel Vorne am 15. d. M. zwischen Brisio und Ennemain sein zehntes Flugzeug zum Absturz brachte. In der Nacht vom 15. zum 16. warfen zwei französische Flugzeuge 15 Granaten auf den Bahnhof von Gabslein. In der Nacht vom 16. zum 17. wurden 32 Granaten auf den Bahnhof und die Flugplatzanlagen von Terzier, 32 auf den Bahnhof Abbancourt, 72 auf die Bahnhöfe Rosel, Epéby und Athis und die Eisenbahn von St. Quentin nach Ham geworfen.

Orientarmee. An der Strumafront lieferten englische Erkundungsabteilungen verschiedene glückliche Gefechte am linken Ufer des Flusses und machten Gefangene. An den Veslesbergen und am Nordar ziemlich lebhaftes Kanonade auf beiden Seiten. Deftlich von der Cerna kamen die Serben bis in die unmittelbare Nähe von Brestenik und von Stamatichalan, nachdem sich eine Reihe von erbitterten Kämpfen förmlich zu ihren Gunsten entschieden hatte. Westlich des Dstovo-Sees fahren die Serben fort, den Fluß zu überschreiten. Ihre Artillerie eröffnete ein heftiges Feuer gegen die am rechten Ufer des Flusses verschanzten Bulgaren. Französische, russische Kräfte vom linken Flügel setzten ihren schnellen Vormarsch fort, sie befinden sich vor Florina.

Vom 17. September abends. (B. L. B.) Nördlich der Somme heftig unsere Artillerie im Laufe des Tages kräftig die deutschen Stellungen. Südlich der Somme gingen unsere Truppen gegen 2 Uhr 30 Minuten nachmittags an verschiedenen Stellen zum Angriff über und trugen erhebliche Vorteile davon. Die Dörfer Vermandovillers und Berny, von denen wir nur Teile besetzt hielten, wurden im Verlaufe eines glänzenden Angriffes genommen. Einzelne Häusergruppen leisteten noch Widerstand. Das Gelände zwischen Vermandovillers und Denicourt sowie des zwischen Denicourt und Berny gelegene, von mehreren Grabensystemen verteidigte und stark ausgebaute Gelände fielen nach erbittertem Kampfe in unsere Hand. Der Kampf um Denicourt wird fortgesetzt. Zwischen Berny und Parlevy haben wir eine Anzahl Gräben genommen. Alle vom Feinde am späten Abend verlustigen Gegenangriffe wurden von unserer Artillerie gebrochen und brachten den Deutschen schwere Verluste. Bis jetzt sind 700 unverwundete Gefangene gezählt, darunter 15 Offiziere. Der gewöhnliche Artilleriekampf auf der übrigen Front.

Belgischer Bericht. Unsere Artillerie vernichtete heute einen feindlichen Beobachtungsposten bei Dymude. Südlich von Het Sas führten wir mit Erfolg Fortschrittsfeuer gegen die feindlichen Gräben aus.

#### Die englische Meldung.

Vom 17. September nachmittags. (B. L. B.) Gestern abend behielten wir unseren Gewinn in der Nachbarschaft von Courcellette auf eine Front von 1000 Yards aus. Nahe bei Thiepval nahmen wir eine feindliche Befestigung, bekannt als Donaugraben, auf einer Front von einer (englischen) Meile. Der Feind ließ eine Menge Gewehre und Ausrüstungsgegenstände zurück. Wir nahmen auch ein stark befestigtes Werk bei der Mouquetfarm. Die Zahl der Gefangenen wächst.

Vom 17. September abends. (B. L. B.) Südlich der Ancre unternahm der Feind im Laufe des Tages mehrere heftige Gegenangriffe auf unsere neuen Stellungen, die alle abgeschlagen wurden, besonders die feindlichen Angriffe aus der Richtung Beaucourt und aus dem Gebiete nördlich von Piers wurden von dem Sperrfeuer unserer Artillerie aufgefangen und der Feind hatte in sehr schweren Verlusten. Zwischen Piers und Martinpuich stieß eine feindliche Brigade, die zum Angriff in der Richtung des Fortreaux-Bades vorging, in offenem Felde auf zwei unserer Bataillone. Es folgte ein Handgemenge, in dem wir einen vollständigen Erfolg erzielten, den Feind zerstreuten und mit schweren Verlusten zurückwarfen. Auch nördlich der Mouquetfarm verbestärkten wir unsere Stellung. Unsere Artillerie ist während des Tages wieder tätig gewesen. Infolge unseres Feuers brach ein feindliches Munitionsdepot in Grandcourt wiederum ein Brand aus. Heute wurden südlich der Ancre sechs Offiziere und 248 Mann gefangen genommen. Unser Luftdienst fuhr fort, mit Erfolg die feindlichen Verbindungsstellen anzugreifen. Es wurde noch ein feindliches Flugzeug vernichtet; drei von unseren Flugzeugen werden vermisst.

Kritischer Seeresbericht aus Saloniki vom 18. September. An der Doiran-Front wurden während der Kämpfe am 18. September über 150 Deutsche von unseren Handgranatenwerfern getötet. Maschinengewehre brachten dem Feind während seiner Gegenangriffe schwere Verluste bei.

London, 18. September. (B. L. B.) Amtlich. Britische Flugzeuge unternahmen am 17. September wieder einen erfolgreichen Angriff auf das Fliegerlager von St. Denis Westrem. Eine Maschine wurde zum Landen auf holländischem Gebiet gezwungen. Der Flieger wurde interniert.

#### Der russische Kriegsbericht.

Vom 17. September. (B. L. B.) An der Westfront südlich Orjeany am rechten Ufer der Gliza Lipa erbitterte Kämpfe. Unsere Truppen warfen den Gegner, bemächtigten sich eines Teiles seiner Stellung und nahmen 14 Offiziere und 587 Soldaten der Türken gefangen. In der Gegend des Flusses Rajajobla und der Eisenbahnlinie Wodnyjost-Galitsch wurde der Kampf fortgesetzt. Der Gegner erlitt beträchtliche Verluste an Toten und Verwundeten und ließ etwa 3174 Gefangene, ausschließlich Deutsche, in unseren Händen, darunter 30 Offiziere, außerdem 20 Maschinengewehre und zwei Schützengrabenanlagen. Unsere tapferen Schwadronen von der Art griffen zwei feindliche Batterien an, machten die Artilleristen mit dem Schmelz nieder und sprengten drei Kanonen und vier Munitionskisten, die sie nicht mitzuführen vermochten, da ein deutsches Bataillon zur Hilfe heranzog und gegen die Schwadronen ein heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer eröffnete. In den Waldparthien ist an einigen Stellen Schnee gefallen und Frost eingetreten.

An der Kaukasusfront unternahmen die Türken in der Nacht zum 16. September einen Angriff gegen unsere vorgeschobenen Abteilungen bei Gara Bura in der Richtung auf Essel und wurden unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Türkische Angriffe gegen unsere Stellungen südwestlich von Kijji und westlich Nakata waren gleichfalls erfolglos.

#### Meldung der italienischen Seeresleitung.

Vom 17. September abends. (B. L. B.) In den im Laufe des 15. im Siganatal zwischen dem Goilba und dem Marobach gelieferten Kampfe haben wir dem Feinde sehr schwere Verluste beibringt. Bis her sind mehr als 100 österreichische Leichen begraben worden. Der auf das rechte Ufer der Brenta zurückgetriebene Feind hat unsere Stellungen auf der Ostseite östlich des Rajobach besetzt und hat dann drei aufeinanderfolgende Angriffe gegen diese Stellung gerichtet, die vor unsern Widerstande zusammengebrochen sind. Im Gaurio-Gebiet (Niemetal) haben die Alpini den Besitz der eroberten Stellung am 15. erweitert und besetzt und haben 32 neue Gefangene gemacht, drei Maschinengewehre, zwei Bombenwerfer, zahlreiche Gewehre und Munition erbeutet. Im oberen Deganoale (Tagliamento) außergewöhnliche Tätigkeit der feindlichen Artillerie in der Umgebung des Col di Volzia. Mehr als 2000 Geschosse aller Kaliber wurden auf unsere Truppen geschleudert, die der Gewalt des feindlichen Feuers fest standhielten. An der jüdischen Front wurde der Zweikampf der Artillerien gestern mit besonderer Heftigkeit im Westen von Ritsch fortgesetzt, wo unsere Infanterie Einbrüche in die feindlichen Stellungen am Rombon, am Jaborcer und am Weste (Monte Nero) ausübte. Auf dem Rastl wiesen wir in der Nacht Gegenangriffe des Feindes ab. Unsere unermüdbaren Truppen haben gestern mit erneuter Tapferkeit den Angriff auf die mächtigen feindlichen Linien nach einer Beschädigung von beiderseits außergewöhnlicher Heftigkeit wieder aufgenommen. Unsere Infanterie hat angegriffen und ungefähr 800 Gefangene, darunter 20 Offiziere eingebracht. In der letzten Nacht hat ein feindliches Flugzeugschwadron 12 Bomben auf Refice geworfen. Kein Verlust an Menschenleben, einiger Schaden. In einem Luftkampf über dem Becken von Caporetto ist ein feind-

liches Flugzeug abgeschossen worden. Der eine der Flieger wurde getötet, der andere verwundet gefangenengenommen.

#### Rumänischer Bericht.

Vom 17. September. (B. L. B.) An der Nord- und Nordwestfront schreitet der Vormarsch fort. Unsere Truppen besetzten nach Kampf Homorod Almas (Kishalom) und Fogaras. Wir nahmen 10 Offiziere und 900 Soldaten gefangen und erbeuteten Kriegsmaterial. Im Streintale wurden die heftigen Kämpfe am Brandhügel südlich von Barul Mare fortgesetzt. Der Hügel ging wiederholt von einer Hand in die andere, blieb aber schließlich in unserer Hand. Wir machten 78 Gefangene. An der Südfront Artilleriezweikampf längs der Donau. Unsere Artillerie versenkte zwei feindliche mit Munition beladene Schaluppen an der Kom-Mündung. In der Dobrubtscha Gefechte mit vorgeschobenen Abteilungen des Feindes. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Konstanza, töteten zwei Einwohner und verwundeten vier.

#### Die Kämpfe in Ägypten.

London, 18. September. (B. L. B.) Amtlich. Engländer Bericht aus Ägypten. Am 6. September verließ eine Kolonne Bir el Abd, um westlich von El Arisch aufzubrechen. Sie griff 65 Meilen vom Kanal die feindliche Stellung von Bir el Mazar an, brach an mehreren Stellen in die Schützengräben ein und verursachte beträchtliche Verluste. Unsere Flieger sichten mehrere Abteilungen, unter denen sich deutsche Offiziere befanden, die mit großer Geschwindigkeit nach El Arisch fahren, und feuerten auf sie. Wir machten einige Gefangene. Unsere Verluste sind gering.

#### Unsere U-Boot-Erfolge.

Berlin, 18. September. (B. L. B.) Außer den in der Veröffentlichung vom 16. September bekannt gegebenen feindlichen und neutralen Handelsschiffen haben unsere Unterseeboote im englischen Kanal in der Zeit vom 3. bis 13. September weitere 20 feindliche und neutrale Handelsschiffe von insgesamt 36900 Bruttoregister-tonnen versenkt, letztere weil sie Panntware nach feindlichen Ländern führten und ihre Einbringung unmöglich war.

Im ganzen sind demnach in der Zeit vom 3. bis 13. September durch unsere U-Boote im englischen Kanal und im Atlantischen Ozean 53 Schiffe von insgesamt 74088 Bruttoregister-tonnen vernichtet worden.

#### Deutschland, Dänemark und Holland.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in seinem gestrigen Abendblatt folgende Notiz:

Wie uns von der Börse gemeldet wird, wurde heute bei der Festsetzung der Devisenkurse von einem Mitgliede des Reichsbankdirektoriums mitgeteilt, daß die beunruhigenden Gerüchte über den gegenwärtigen Stand unserer Beziehungen zu Dänemark jeder Begründung entbehren. Es handelt sich dabei auch in diesem Falle um böswillige Ausschreitungen englischer Agenten. Unsere Beziehungen tragen nach wie vor einen freundschaftlichen Charakter, und es liegt nicht der leiseste Anlaß zu der Annahme vor, daß sich hierin in absehbarer Zeit etwas ändern werde.

Alles, was hier über Dänemark gesagt wird, gilt übrigens, wie wir erfahren, auch für Holland, über dessen Verhältnis zu uns gleichfalls fortgesetzt grundlose Gerüchte verbreitet werden, um Beunruhigung hervorzurufen.

#### Rußland und die Verbandspolitik in Athen.

Das Presseamt des russischen Ministeriums des Äußern teilt nach einer Stockholmer Meldung des „Tag“ mit: Die bisherigen Maßnahmen der Entente in Griechenland haben sich als zwecklos und verfehlt herausgestellt. Diejenigen Politiker, welche die Rettung Griechenlands im Anschluß an die Entente sehen, müssen allmählich zu dem Schluß gelangen, daß das Königreich nur nach durchgreifenden nationalen Erschütterungen auf diesem Weg kommen kann. Die Diplomatie des Vierverbandes wird darum Vorgehen raten, die Zurückhaltung aufzugeben.

#### Barthou über Friedensbedingungen.

Paris, 17. September. (B. L. B.) Nach einer Davosmeldung fand in der Sorbonne unter großer Beteiligung in Anwesenheit mehrerer französischer und italienischer Minister die Eröffnungsfeier der italienischen Liga „Dante Alighieri“ statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Barthou eine Rede, in der er über die Friedensbedingungen sagte: Solange Deutschland nicht die teuren, geraubten, von ihm unterdrückten Provinzen wiederherstellen, nicht noch Möglichkeit den durch seine barbarische Wildheit angerichteten Schaden wieder gut machen und finanzielle und militärische Bürgschaften leisten wolle, auf die die Ruhe der Welt ein Recht habe, solange müßten die Alliierten auf Friedensunterhandlungen verzichten.

#### Die italienische Partei im Urteil der französischen Sozialisten.

Der Pariser Korrespondent des „Avanti“ bringt in der Nummer vom 4. September einen interessanten Bericht über das Verhältnis der französischen Sozialdemokraten zu den italienischen und über die Beurteilung, die die Haltung der italienischen Genossen und ihre Stellung zum Kriege seitens der verschiedenen Fraktionen der französischen Bruderpartei erfährt. Diese Frage ist jetzt besonders zeitgemäß, wo am Vorabend der Konferenz der sozialistischen Parteien des Vierverbandes förmliche von der Partei abgeplatteten Elemente: die Reformisten, die Autonomisten, die Ausgeschlossenen usw. frampfhaft bemüht seien, sich von dieser Konferenz ihr sozialistisches Bürgerrecht bestätigen zu lassen. Die Ansichten über das Verhalten der italienischen Sozialdemokratie während des Krieges wichen natürlich je nach der Stellungen der einzelnen französischen Parteigruppen beträchtlich von einander ab. Man könne daher entsprechend der gegenwärtigen Gliederung der französischen Partei auch vier verschiedene Anschauungen über diese Frage unterscheiden.

Die französische Sozialdemokratie zerfällt bekanntlich in eine Mehrheit und in eine Minderheit, die wiederum unter sich weiter gespalten sind. Der Streit zwischen diesen Fraktionen ist nach der Ansicht des Genossen Chastanet vom „Droit du Peuple“ nur eine Episode des alten unheilbaren Konflikts zwischen Idealisten und Praktikern, Reformisten und Intransigenten (Unterförmlichen). Dieser Gegensatz verleiht auch den einzelnen Parteigruppen das Gepräge. Da gibt es erstens die Rechten: die Apoptel der Mitarbeit, der Klassenharmonie, des Ministerialismus, die den Klassenkampf für eine teufliche Erfindung der Deutschen halten; dann das rechte Zentrum mit dem alten Programm: dem Klassenkampf, dem Internationalismus, dem Antimilitarismus usw., das nur während des Krieges suspendiert ist und nach Friedensschluß wieder in Kraft treten soll; ferner das linke Zentrum, das für die nationale Verteidigung und für die Kriegskredite eintritt, jedoch nur solange, bis der Feind vom vaterländischen Boden vertrieben ist, und das die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen verlangt; und endlich die äußerste Linke mit dem Zimmerwalder Programm. Die beiden letzten Gruppen bilden die Opposition. Hiermit ist nun auch die Beurteilung der italienischen Sozialdemokratie im wesentlichen gegeben. Für die äußerste Rechte sind die Italiener völlig besorientiert, verblendet, verständnislose Sklaven der

längst überlebten marxistischen Formeln, Menschen, die sich durch Tatsachen nicht belehren lassen wollen usw. Die wahren Sozialisten würden nach ihnen lediglich durch die Bissolati, Bonomi und Canepa repräsentiert. Vom rechten Zentrum, der mächtigsten Partei in Frankreich, werde die italienische Sozialdemokratie offiziell sehr respektvoll behandelt. Um nicht schlecht von ihr sprechen zu müssen, ziehe man es vor, lieber ganz zu schweigen. Die Leser der „Humanität“ würden in die größte Verlegenheit geraten, wenn sie ein Urteil über die italienischen Genossen abgeben sollten, so wenig habe dieses Blatt es für nötig gehalten, seinen Lesern etwas über die italienischen Sozialdemokraten und die Beweggründe ihrer Haltung mitzuteilen. (Das gleiche könnte man mit gutem Recht auch von den meisten Vätern der deutschen Mehrheit sagen. D. Red.) Vielleicht wolle man damit nur die schon bestehende Spannung zwischen diesen beiden Fraktionen der Internationale nicht noch mehr verschärfen, jedenfalls nähmen die Vertreter dieses Teils der Mehrheit eine sehr referierte, sehr korrekte Haltung gegenüber der italienischen Partei ein. Das linke Zentrum lasse den italienischen Genossen Gerechtigkeit widerfahren und suche ihr Verhalten zu verstehen. Man lobe sie, weil sie in dieser schweren Zeit den internationalen Prinzipien treugeblieben sei und auch die Beschlüsse der Kongresse geachtet habe. Manchmal freilich äußere sich diese Zustimmung in recht seltsamer Weise, so wenn z. B. ein Blatt schreibt: „Die angebliche Deutschfreundlichkeit der italienischen Genossen bestehe in nichts anderem, als in dem Willen, ihr Vaterland nicht in das fürchterliche europäische Gemetzel hineinzureißen zu lassen“; als wenn die Haltung der italienischen Sozialdemokratie durch nationale und nicht durch Klassen Gesichtspunkte bestimmt werde. Ganz unbegrenzt und ohne Vorbehalt sei dagegen die Billigung und Zustimmung, die die äußerste Linke, die Gruppe von Zimmerwald und Kienthal, den italienischen Genossen zuteil werden lasse. Hier sei die Einigkeit in Programm und Tat vollkommen. Hier herrsche wahrhafte Brüderlichkeit im höchsten sozialistischen Sinne dieses Wortes. Unter den Zimmerwalder Kameraden fühle sich jeder italienische Genosse als Freund und Bruder und nicht als Fremder.

Die Entscheidung darüber, welches von diesen so verschiedenen Urteilen das richtige und gerechteste ist, werde die Geschichte selbst fällen.

#### Der Aufstand in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 18. September. (B. L. B.) Dem „Handelsblad“ wird aus Soerabaha vom 16. September gemeldet: Major Ph. van der Linde, der mit zwei Kompagnien auf dem Marsch nach Banglo ist, ist auf allen Seiten von Feinden umzingelt; die Verbindungen mit ihm sind abgeschnitten. Es besteht aber keine Gefahr, da der Feind wenig Gewehre besitzt.

Einem holländisch-indischen Blatte wird, wie eine andere hiesige Zeitung meldet, aus Djambi berichtet, daß die Bevölkerung mehrere Führer der Aufständischen zu Nadschabs ausgerufen habe, darunter auch den Präsidenten des Sarekat-Islam, Soenawan. Überall herrsche jetzt Aufruhr. Alle telephonischen und telegraphischen Verbindungen seien unterbrochen. Selbst in der Stadt Djambi fühle man sich beunruhigt. Die öffentlichen Gebäude würden bewacht. Die Truppen seien auf ihrem Marsch fortwährend von Rebellen umzingelt.

#### Neuer chinesisch-japanischer Zusammenstoß.

Tokio, 17. September. (B. L. B.) (Neuermeldung.) Ein Bericht aus Tschanatschun meldet einen neuen Angriff chinesischer Truppen auf japanische Kavallerie, die die Zurückziehung mongolischer Truppen aus der Eisenbahnzone beaufsichtigte. Die Verhandlungen in Peking sollen einen befriedigenden Verlauf nehmen. Amtliche hiesige Kreise haben das Vertrauen, daß die chinesische Regierung Japan in verständlichem Geiste entgegenkommen werde, der eine freundschaftliche Lösung sichert.

#### Neue Kämpfe in Mexiko.

El Paso (Texas), 17. September. (B. L. B.) (Neuermeldung.) Villa hat heute die Stadt Chihuahua mit 600 Mann angegriffen. Er ist in einen Teil der Stadt eingedrungen, aber mit schweren Verlusten wieder zurückgeschlagen worden. Alle Anhänger Villas, die gefangen genommen wurden, wurden hingerichtet.

#### Kleine Kriegsnachrichten.

London, 18. September. (B. L. B.) Der „Times“ wird aus dem rumänischen Hauptquartier berichtet, daß die russisch-rumänischen Truppen in der Dobrubtscha sich zurückgezogen haben und jetzt eine neue starke Verteidigungslinie, die von Rajowa nach Tulza läuft, einnehmen.

„Daily Mail“ berichtet aus Athen, daß in Kozani die ersten verwundeten Griechen, die auf der Seite der Alliierten fielen, angekommen seien, sie gehören zu einem freiwilligen Regiment, das am Angriff bei Elisu teilnahm.

Berlin, 18. September. (B. L. B.) Nach amtlicher Bekanntgabe der englischen Admiralität soll am 16. September vormittags ein Geschwader englischer Flugzeuge die schweren Batterien bei Ostende bombardiert haben. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat ein solcher Angriff nicht stattgefunden. Dagegen hat in der Nacht vom 16. zum 17. September ein feindlicher Flieger versucht, Zeebrügge anzugreifen. Er warf seine Bomben unschädlich in die See.

London, 18. September. (B. L. B.) Das Aderbauamt hat einen Bericht veröffentlicht, daß die Ernte im allgemeinen gut stehe. Es herrsche aber Mangel an Arbeitskräften. In den meisten Teilen des Landes helfen Frauen und Soldaten den Bauern bei der Einbringung.

#### Letzte Nachrichten.

##### Sarrails Rücktritt bestätigt.

Basel, 18. September. (Z. N.) Die Pariser Korrespondenten der italienischen und der Genfer Zeitungen bestätigen, daß die Demission Sarrails bevorsteht. Sie dürfte bekanntgegeben werden, sobald der zu seinem Nachfolger ausersehene General Gouraud, der sich bereits unterwegs nach Saloniki befindet, dort eingetroffen sein wird.

##### Verschickung der russischen Kriegsgefangenenlager.

Petersburg, 17. September. (B. L. B.) (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In Tobolsk sind zur Verschickung der Kriegsgefangenenlager die österreichische Schwesler Baronin Kuszar, als Vertreterin des dänischen Roten Kreuzes Dr. Anton Pederfen und als Abgesandter des russischen Roten Kreuzes Junger eingetroffen.

##### Todesfälle infolge Fischvergiftung.

Mannheim, 18. September. (Z. N.) Infolge Fischvergiftung kamen in den letzten Tagen drei Todesfälle vor. Am 16. September erkrankte der 50 Jahre alte Kaufmann Joseph Köhler, ferner die Familie Flaetenhaar in Ludwigshafen, von der der 9 Jahre alte Sohn in der Nacht zum Sonntag und der Vater in der vergangenen Nacht starb.

# Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Nach Sangeheiß 50 000 Mützen gedämpft.

Die Schlichtungskommission hatte sich in ihrer letzten Sitzung wieder mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Kläger Mützenmacher oder Buchhalter sei. Die Sache hatte schon einmal die Kommission beschäftigt und mußte vertagt werden, da der Beklagte Vernehmung eines Zeugen beantragte.

Bei dem Unternehmer Elter war der Kläger dieser Beschäftigt, wie der letztere behauptete, als gewerblicher Arbeiter, nach Angabe des Elter als Buchhalter, der das Dämpfen von Mützen „nur aus Langeweile“ ausgeübt habe.

Der Beklagte hatte wieder als Vertreter den hier schon oft erwähnten Rechts- und Finanzanwalts mitgebracht. Dieser wollte festgestellt wissen, daß der Kläger als Handlungsgehilfe anzusehen sei. Er hatte unter diesem Einwand wie das erste Mal die Zuständigkeit der Kommission bestritten.

Magistratsrat v. Schulz: „Ich kann doch als Handlungsgehilfe eingestuft sein; wenn ich aber hauptsächlich gewerbliche Arbeit verrichte, so bin ich eben gewerblicher Arbeiter.“

Es wurde nunmehr zur Zeugenvernehmung geschritten. Eine Frau sagte aus: Die Tochter des Beklagten habe ihr gegenüber den Kläger immer als unser „Gefelle“ bezeichnet. Der Kläger habe abgedämpft, gebügelt und eingerichtet und Sonnabends Geld ausgezahlt. Er sei sehr fleißig gewesen. Die anderen Zeuginnen sagten ebenso aus. Der Kläger habe bis in die Nacht hinein und auch des Sonntags als Mützenmacher gearbeitet, aber auch wochenlang die Wäsche geführt. Er war der erste und letzte im Geschäft.

Die Frau und die Tochter des Beklagten sagten indes aus: der Kläger sei nur „Aushilfsbuchhalter“ gewesen.

Ein Arbeitgeberbesitzer: „Das ist ja ein ganz neues Wort.“ Ferner lautete die Aussage dahin, daß der Kläger nur gedämpft habe, wenn ihn die Langeweile geplagt hätte.

Ein Arbeitgeberbesitzer: „Das ist doch ein merkwürdiger Zeitvertreib.“

Magistratsrat v. Schulz: „Ja, ich würde auch was Schöneres, als meine freie Zeit mit Mützendämpfen auszufüllen.“

Der Vertreter wandte u. a. noch ein, daß der Kläger dem Beklagten gegenüber auf alle Ansprüche Verzicht geleistet habe. Die Frau und die Tochter des Beklagten könnten dies bezeugen. Er beantragte, hierüber dem Beklagten den Erfüllungsbetrag aufzuerlegen.

Es wurde hierauf folgender Beschluß gefaßt: Die Kommission erachte sich für zuständig und lege in dem Kläger einen gewerblichen Gehilfen. Demnach habe er Anspruch auf Bezahlung der geleisteten Arbeit. Ueber die Höhe der Summe wird noch entschieden werden.

## Der Barbier als Rodschneider.

Auch dieser Fall hat die Kommission bereits beschäftigt. Seit fünf Monaten suchte der Schneidermeister Burmann vier Röcke von dem Barbier Diezsch zu erhalten. Der letztere hatte zehn Röcke zur Ausbesserung erhalten und diese nach Ausgabe des Burmann verputzt. Vier Röcke hatte er indes abgenommen, wollte aber die 10,80 M. Arbeitslohn, zu deren Auszahlung er verurteilt worden war, nicht auszahlen und der Barbier behielt darum die sechs Röcke ein. Auch nicht mit Hilfe des Gerichtsvollziehers konnte er die Röcke erhalten.

„Wo haben Sie denn die Röcke?“ fragte der Vorsitzende in der letzten Sitzung den Barbier.

„Hier sind sie“, meinte der Lachend und holte die Röcke herbei. Die Unterhaltung zwischen dem Kläger und dem Beklagten gestaltete sich kurzweilig. Der Schneidermeister hatte in der letzten Sitzung gesagt, er habe nicht gewußt, daß der Diezsch Barbier sei; in der letzten Sitzung zeigte es sich aber, daß die beiden sich duzten. Die Sachverständigen bezeichneten die vorgelegten Röcke als nicht sachgemäß gearbeitet. Es wurde noch gerügt, daß die Schneiderberger Innung an Berliner Meister Arbeit abgibt, mit denen diese dann Schacher trieben. So gingen die Röcke durch mehrere Hände. Der erste hat 60 Pf. pro Rock erhalten von der Innung, der Barbier zahlte seinen Arbeiterinnen 20 Pf. pro Rock. Ein Arbeitgeber stellte außerdem folgenden Eid fest: Jeder Rock hat einen Stempel im Futter, aus dem die Arbeiter ersehen können, wieviel für den zu reparierenden Rock zu zahlen ist. Diese Stempel hat nun der Barbier herausgeschnitten und so konnte er seinen Arbeitern einen beliebigen Preis zahlen.

Zuletzt zahlte der Meister die 10,80 M. aus, der Barbier gab die Röcke und verzichtete auf weitere Forderungen. Beim Hinausgehen flüchtete er seinem Aufreißer und jodelte auf die Schulter und damit war der Streit zwischen Barbier und Schneidermeister aus der Welt geschafft.

## Lohnrückerei bei Beschäftigung gesehender Krieger.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns hierzu geschrieben: In den Kreisen der ungelerten Arbeiterschaft ist in letzter Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß Unternehmer sich bei vorübergehender Beschäftigung (sogenannter Gelegenheitsarbeit) Soldaten aus den Gesehungsheimen kommen lassen, die aber vielfach niedrigere Löhne erhalten, als sie jetzt allgemein üblich sind. Auf dem Gesehungs Güterbahnhof in Berlin konnten Arbeiter, die dort mit der Abholung von Gütern zu tun hatten, im Laufe der Woche folgendes feststellen:

Die Firma Lause u. Mt. Handlung in- und ausländischer Hölzer und Furniere, Bouchéstr. 73 und Überdacht. 11, beschäftigte an mehreren Tagen einige Soldaten mit dem Ausladen von eisernen Wreitem aus Bahnwaggons. Auf Befragen gaben die Soldaten an, daß sie sich zurzeit in dem Gesehungsheim des Rudervereins von 1876 in Treptow befänden. Dort habe die Firma nach Arbeitskräften angefragt. Von der Verwaltung des Gesehungsheims sei dann jedesmal gesagt worden, wer sich einige Mark verdienen wolle, könne sich an die genannte Firma wenden. Ein Zwang zur Annahme dieser Beschäftigung sei damit nicht verbunden gewesen. Die Firma zahle für das Ausladen der Wreiter pro Mann und Stunde 10 Pf. In der Filiale Überdacht würden außerdem noch 50 Pf. Straßenbahngeld gezahlt, was im Hauptgeschäft, Bouchéstr. 73, nicht gewährt würde. Da die Firma zur Abholung der Wreiter sich Lohnfuhrwerks bediene, erfordere die Arbeit ein möglichst beschleunigtes Tempo. Die Entladung eines Waggons mühte gemeinhin bis Mittag erledigt sein.

So gerne man den Soldaten auch die sich ihnen bietende kleine

Einnahme gönnt, muß doch anderseits gegen die niedrige Bezahlung für die immerhin nicht leichte Tätigkeit entschiedener Einspruch erhoben werden. Andere Holzhandlungsfirmen gewähren den Wreiterausladern zurzeit Stundenlöhne von 80 Pf. bis zu 1 M.

Es dürfte der genannten Firma im übrigen auch wohl nicht so schwer fallen, andere Arbeitskräfte aus den Arbeitsnachweisen Berlins zu bekommen, welche sich bereit finden würden, auch diese vorübergehende Beschäftigung zu verrichten; natürlich aber zu angemessenerer Bezahlung, als sie die Firma den Soldaten aus dem Gesehungsheim zu gewähren beliebt. Es wäre jedenfalls wünschenswert, daß Lohnrückereien bei Beschäftigung gesehender Krieger verhindert werden.

## Ausland.

### Die Anklage gegen Trecca bestätigt!

Wie der „Avanti“ vom 11. September mitteilt, hat der Abgeordnete Genosse Caroti von dem Sekretär des amerikanischen Propagandakomitees zugunsten Carlo Treccas, De Gregoris, soeben folgendes Telegramm aus New York erhalten:

Der große Gerichtshof hat die Anklage auf schweren Mord gegen Carlo Trecca und Genossen bestätigt. Wider alle Erwartung hat sich der Gerichtshof nicht mit den Privatpolizisten beschäftigt, die den Arbeiter Allar und den finnländischen Kaufmann Schneider getötet haben. Wir planen als Antwort die Proklamierung des Generalstreiks in den gesamten Vereinigten Staaten. Wir rechnen auf euch und die Sozialisten der ganzen Welt und hoffen, daß es mit eurer und ihrer Hilfe gelingen wird, die Freiheit und das Leben unserer unschuldigen Genossen siegreich zu verteidigen.

Wie der „Avanti“ weiter mitteilt, hat das Exekutivkomitee der Unione Sindacale (Gewerkschaftsunion) den Vorschlag gemacht, um die Aktion für Trecca möglichst wirksam zu gestalten, auf den 28. September, den Jahrestag der Gründung der ersten Arbeiterinternationale vom Jahre 1864, eine große Protestversammlung aller Vereine und Organisationen nach Mailand zusammenzurufen, die gewissermaßen den Protest des ganzen proletarischen Italiens zum Ausdruck bringen soll.

### Die englischen Arbeiter fordern Teuerungszulagen!

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Wenn die Fachvereinigungen nicht bald von der Regierung Zusicherungen erhalten, daß Maßregeln ergriffen werden sollen, um die Lebensmittelvorräte unter Kontrolle zu stellen und Höchstpreise festzusetzen, so wird ein großer Teil der Fachvereinigungen von gelernten und halbgelernten Arbeitern gemeinsam von der Regierung die Einführung einer allgemeinen Lohnhöhung fordern. Hinter dieser Bewegung sollen mindestens eineinhalb Millionen Arbeiter stehen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Für den Wahlkreis Harburg wurden die Genossen Lesche und Zille zu Delegierten gewählt, die beide auf dem Boden der Mehrheit stehen.

Der Wahlkreis Nordhausen entsendet den Anhänger der Arbeitgemeinschaft, Genossen Ernst Wiehle. Die Versammlung brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß es bei der Reichskonferenz gelingen möge, auf dem Boden des alten, Grundgesetzes der Partei die Einheit der Bewegung zu erhalten und zu kräftigen.

In den schleswig-holsteinischen Wahlkreisen sind die Wahlen zur Reichskonferenz vollzogen. Gewählt sind: 1. (Hadersleben) und 2. (Flensburg-Apenrade) Mikelsen-Flensburg; 3. (Schleswig-Ederförde) Villian-Kiel; 4. (Dünam-Löndern) Klugmann-Dünam; 5. (Zeehoe-Steinburg) Alps-Zeehoe; 6. (Ottensen-Binneberg) Hadelberg-Ottensen und Krause-Eimsborn; 7. (Kiel-Neumünster-Flensburg) Stecor und Voller-Kiel; 8. (Altona-Stormarn) Wischhof und Stever-Altona; 9. (Oldenburg-Plön) Weinheber-Gamburg; 10. (Lauenburg) Winnig-Gamburg. Sämtliche Gewählte sind Anhänger der Mehrheitspolitik.

In den sechs Wahlkreisorganisationen des Agitationsbezirkles Gärlich wurden bei den Delegiertenwahlen zur Reichskonferenz fünf Delegierte gewählt, die die Politik der Fraktionsmehrheit billigen. Ein Delegierter steht auf dem Standpunkt der Arbeitgemeinschaft.

In einer Kreisversammlung des 4. pfälzischen Wahlkreises (Zweibrücken) wurde mit 8 Stimmen Genosse Feldmüller zur Reichskonferenz delegiert. Der Vertreter der Minorität erhielt 6 Stimmen.

Bei der Urwahl des 6. sächsischen Kreises (Dresden-Land) zur Reichskonferenz sind die Kandidaten der entschiedenen Minderheit, Genossen Landtagsabg. Schulze und Arbeiterssekretär Weich mit 574 und 543 Stimmen gewählt worden. — Der ganze Dresdenbezirk (neun Wahlkreise) entsendet elf Delegierte. Davon gehören sechs zur Opposition, zwei nehmen den Standpunkt der Fraktionsminderheit ein und drei sind Anhänger der Fraktionspolitik.

Am 18. sächsischen Wahlkreise (Zwickau) wurden zwei Delegierte in einer aus zehn Personen bestehenden Kreisvorstandssitzung gewählt. Aus einigen Bezirken hat man bereits lebhaft gegen dieses eigenartige Verfahren protestiert.

Eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Wilhelmshaven-Nürtingen beschäftigte sich am Sonntagabend mit der Aufstellung der Landtagskandidaten für die im Oktober stattfindenden Landtagswahlen. Aufgestellt wurden durch einstimmigen Beschluß für den Bezirk der Stadt Nürtingen, der vier Abgeordnete zu wählen hat, die Genossen Meyer, Buddenberg, Heitmann und Bäuerle. In der darauf folgenden Aussprache über die Reichskonferenz sprachen die Vertreter der Opposition und der Anhänger der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Die Delegiertenwahlen ergaben die Wahl von drei Anhängern der Mehrheit der Reichstagsfraktion und zwar der Genossen Harms, Hug und Meister. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Entschließung an, die dem Genossen Viehnecht ihre Sympathie ausdrückt.

Für den siebenbentischen Wahlkreis wählte eine in Offenburg stattgefundene Kreisversammlung den Genossen Hebel, Badersweiler als Delegierten zur Reichskonferenz.

## Totenliste der Partei.

Genosse Jakob Senden ist am 14. September, ungefähr 78 Jahre alt in Mörs (Bezirk Niederrhein) gestorben. Genosse Senden war der Mitbegründer des Bergarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Parteibewegung im Kreise Mörs-Rees. Als der Verband seine Rechtshilfebureau noch nicht haben konnte, in den achtziger, neunziger Jahren, war es Jakob Senden, der seinen Bergarbeiterkameraden im Kreise Mörs der Ratgeber in Knappheits-, Unfall- und Invalidenfällen war, zum Wohle der Rechtlichen. Schon 88 Jahre selbst Bergbauarbeiter und schon längere Jahre bettlägerig krank, war es ihm nicht mehr möglich, in der Arbeiterbewegung mitzuarbeiten. Die Saat auf dem besonders steinigen Boden des Niederrheins für die moderne Arbeiterbewegung ist aber aufgegangen zu einem immerhin auch schon zu respektierenden Faktor. Die organisierte Arbeiterschaft des Kreises Mörs-Rees weiß die nutzbringende Tätigkeit unseres alten Genossen zu schätzen. Sie wird Jakob Sendens in Ehren gedenken und in seinem Sinne weiterkämpfen.

## Aus Industrie und Handel.

### Vom rheinisch-westfälischen Kohlenstündikat.

In der Versammlung der Ständebesitzer, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, teilte der Vorstand mit, daß die Vollziehung des neuen Syndikatsvertrages noch nicht stattgefunden hat, weil es noch nicht gelungen ist, die Händlerfrage zufriedenstellend zu lösen. Es wurde deshalb vorgeschlagen, die Vollziehung auf den 14. Oktober zu verschieben. Ueber die Beteiligungsziffern ist mit wenigen Ausnahmen eine Einigung erzielt worden. — Ueber das Kohlengeschäft Monat August wurde folgendes bekanntgegeben: Der rechnermäßige Absatz betrug 6 531 801 Tonnen (Vormonat 6 501 775 Tonnen). Von der Beteiligung, die sich auf 9 759 835 Tonnen bezifferte, sind 66,90 Proz. (Vormonat 69,19 Proz.) abgesetzt worden. Der Umsatz ausschließlich Jedenseibstverbrauch betrug an Kohlen 4 435 299 Tonnen (Vormonat 4 436 983 Tonnen), an Koks 2 363 449 Tonnen (Vormonat 2 356 213 Tonnen), an Bricketts 347 110 Tonnen (Vormonat 323 334 Tonnen). Die Förderung stellte sich insgesamt auf 8 232 179 Tonnen (Vormonat 8 161 726 Tonnen). Die Nachfrage war besonders in Hausbrandkohle lebhaft. Die Kohlenmengen reichten zur vollen Befriedigung der Anforderungen nicht aus. Sie sind durch Einschlebung von Koks und Bricketts ausgeglichen worden. Der Eisenbahnerverband hat sich ohne besondere Störungen vollzogen, ebenso der Verkehr in den Rheinhäfen.

### Gründung eines Verbandes der Waggonfabriken.

Eine Auslandsvereinigung der Waggonfabriken ist unter Mitwirkung des Verbandes deutscher Waggonfabriken in Berlin gegründet worden. Ihr sind sämtliche deutschen Fabriken, darunter auch diejenigen beigetreten, welche der deutschen Vereinigung nicht angehören. Die Staatsbahnverwaltung hat jetzt die Ausschreibungen für die erste Hälfte des Etatsjahres 1917/18, also für diejenigen Mengen erlassen, welche innerhalb der Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1917 zur Ablieferung kommen werden. Der Menge nach bewegt sich der Auftrag im Rahmen des bisherigen Bedarfs. Bei der Gründung des neuen Verbandes der Waggonfabriken handelt es sich, wie der „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt wird, um eine auf Wunsch der Regierung ins Leben gerufene Ausfuhrvereinigung, deren Aufgabe eine einheitliche Preisbildung im Export und die Mitwirkung bei der Valutaregulation ist.

Druckmaschinen. Einzelne Zeitungen brachten lebhafte Mitteilung, daß der Briefverkehr unter der Erhöhung des Portos durch das Reichsabgabengesetz vom 21. Juni 1916 nicht gelitten habe; als unliebsam machte sich aber bereits die Befreiung der Druckmaschinen von jeder Reichsabgabe in einer Weise geltend, die von jedem Kenner der kaufmännischen und postalischen Verhältnisse vorausgesehen wurde. Das „Vörsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ folgert hieraus nicht mit Unrecht, daß anscheinend für die Ausdehnung der Portonerhöhung auf Druckmaschinen in der Presse Stimmung gemacht werden soll. Das „Vörsenblatt“ schreibt unter anderem: „Bei der Portonerhöhung auf Druckmaschinen handelt es sich um eine Lebensfrage des Buchhandels (obwohl er nicht allein davon betroffen würde), weil diese Postsendungen keinerlei Erhöhung betragen und eine Mehrbelastung wohl der schwerste Schlag wäre, der den ohnehin durch den Krieg schwer geschädigten Buchhandel treffen könnte. Ist doch nicht nur das kulturelle Interesse, das durch die Verbreitung von Druckmaschinen gefördert wird, leidet, sondern auch die Ermäßigung ihrer Versendungsgebühren gemessen, sondern mehr noch der Umstand, daß weit aus der größte Teil nur einen geringen Wert hat und damit dieselbe unterschiedliche Behandlung beanspruchen kann, wie sie beispielsweise bei der Verfrachtung von Waren zum Ausdruck kommt, die ja nach ihrem Werte zu verschiedenen Sätzen befördert werden. Es rechtfertigt sich aber weiter auch aus der wesentlich einfacheren postalischen Behandlung, der besonderen Abfertigung durch Druckmaschinen-Bearbeitungsstellen, ihrer Raffenauflieferung, dem Frachtwang usw. Es wäre daher ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler, Druckmaschinen mit einem höheren Porto zu belegen, statt vielmehr zu erwägen, ob nicht für den Ortsverkehr eine Ermäßigung eintreten könnte.“

Die Verhandlungen wegen einer zweiten russischen Anleihe in Amerika von 50 Millionen Dollar sind auf Schwierigkeiten gestoßen.

Eine neue Verschmelzung englischer Schifffahrtsgesellschaften. Wie der „Economist“ vom 2. September meldet, steht wahrscheinlich die Auflösung der New Zealand Shipping Company durch die B. and O. Gesellschaft bevor. Der New Zealand Company gehörte eine teils fertige, teils noch im Bau befindliche Dampferflotte von 154 942 Tonnen, und sie ist im Vollbesitz der Aktien der Federal Steam Navigation Company, der ihrerseits eine Flotte von etwa 160 800 Tonnen gehört.

# Das eiserne Gebot der Stunde: Zeichne die Kriegsanleihe!

# Chronik des Weltkrieges.

19. September 1914.

**Westlicher Kriegshauptplatz:** Die Lage im Westen ist im allgemeinen unverändert. Auf der ganzen Schlachtfeldfront ist das englisch-französische Heer in die Verteidigung gedrängt. Der Angriff gegen die starken, zum Teil in mehreren Linien hintereinander befestigten Stellungen kann nur langsam vorwärts gehen.

Die Durchführung des Angriffs gegen die Sperrfort-Linie südlich Verdun ist vorbereitet.

**Ostlicher Kriegshauptplatz:** Die 4. finnländische Schützenbrigade wurde bei Augustow geschlagen. Beim Vorgehen gegen Ossowiec wurde Krajewo und Syczuzorzyn nach kurzem Kampf genommen.

19. September 1915.

**Auf dem westlichen Kriegshauptplatz Stellungskämpfe.**  
**Ostlicher Kriegshauptplatz:** Der umfassende Angriff der Armeen des Generaloberst v. Eichhorn gegen Wilna hat zu vollem Erfolg geführt. Wilna fiel in die Hand der deutschen Truppen. Die Russen werden auf der ganzen Linie verfolgt.

Auf dem italienischen Kriegshauptplatz erfolglose Angriffe der Italiener gegen die Hochfläche von Vigonovo und Vofraun.

## Einem „prinzipiellen Internationalisten“ ins Stammbuch!

Von Konrad Haenisch.

Zunächst hatte ich nicht die Absicht, auf den Leitartikel des Genossen Bernstein in Nummer 252 des „Vorwärts“ zu antworten, da ich es für ganz ausgeschlossen halte, daß das dort von Bernstein verübte Ablenken von der konkreten Streitfrage des Tages auf irgend jemanden Eindruck machen könne. Da ich aber inzwischen erfahren habe, daß wider Erwarten einige Berliner Arbeiter durch Bernsteins Ausführungen doch kopfschau geworden sind, so bitte ich, mir den Raum des „Vorwärts“ noch für die folgenden ganz knappen Feststellungen einzuräumen:

1. Die von Bernstein bereits ausgeprägte Erkenntnis, daß „alles kulturelle Leben und Wirken an das Dasein organisierter menschlicher Gesellschaften gebunden ist und daß kein Mensch ein Kulturwesen ohne diese Grundlage führen kann, daß Arbeit vergangener Geschlechter, Arbeit der Mitlebenden in allem steht, was das Leben jedes einzelnen über das tierische Dohinvegetieren erhebt“: diese Erkenntnis ist weder neu noch überraschend. Sie hilft uns auch nicht den kleinsten Schritt weiter. Man braucht wirklich nicht Sozialdemokrat zu sein, um zu begreifen, daß zweimal zwei gleich vier ist! Aber auch die von Bernstein an seinen Vorderort geknüpften Schlussfolgerungen allgemeiner Natur dürfte sich zum mindesten jeder Besucher sozialdemokratischer Versammlungen und jeder Leser sozialdemokratischer Zeitungen längst an den Schuhsohlen abgelaufen haben.

2. Die unbestreitbar in gewissen Grenzen vorhandene Solidarität der Menschen und der Völker schafft jedoch die nicht minder unstreitbare Tatsache der zwischen ihnen bestehenden Interessengegensätze keineswegs aus der Welt. Und sie schafft vor allen Dingen die furchtbar harte Tatsache dieses Krieges nicht aus der Welt!

3. Bei diesem Kriege und deshalb auch bei den Auseinandersetzungen, die sich mit ihm beschäftigen, geht es nicht um die von Bernstein und anderen gewonnenen mehr oder minder grauen Theoriegebinde, sondern um eine Frage, wie sie praktisch gar nicht gedacht werden kann. Um die Frage nämlich: welche Stellung hat die deutsche Arbeiterklasse in dem Kampfe auf Leben und Tod einzunehmen, den zurzeit das deutsche Volk führt? Um die Beantwortung dieser Frage hilft uns keine noch so schöne Theorie von der allgemeinen Solidarität der Kulturvölker herum!

4. Praktisch tritt Bernstein, schälen wir den Kern aus allen vielen „theoretischen“ Hüllen heraus, für eine kühle internationale Neutralität des Sozialismus in diesem Weltkriege ein. Eine solche internationale Neutralität würde aber in Wirklichkeit auf nichts anderes hinauskommen als auf die schwerste Schädigung der deutschen Interessen und damit der Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Zumal es dem Genossen Bernstein ja sehr gut bekannt ist, daß sowohl die französischen wie auch die von ihm mit ganz besonderer Inbrunst geliebten englischen Arbeiter seit Beginn des Krieges auch nicht einen Moment daran gedacht haben, sich auch ihrerseits zu einer derartigen über den Wolken schwebenden Neutralität zu bekennen! Sie haben vielmehr jeden Gedanken daran mit äußerster Entrüstung weit von sich gewiesen — es sei nur an die Vorgänge auf dem letzten englischen Gewerkschaftskongress erinnert! Im Gegensatz zu Bernstein erkläre ich auch für die deutsche Sozialdemokratie eine solche kühle Neutralität für unmöglich. Wer in diesem Lebenskampfe nicht für Deutschland ist, der ist gegen Deutschland! Und ihr nächstes Klasseninteresse sowohl wie die Erkenntnis des großen sozialistischen Gesamtinteresses der Zukunft zwingt heute die deutschen Arbeiter auf die deutsche Seite.

5. Wenn jetzt die deutschen Arbeiter den deutschen Staat mit ihrem Herzblut verteidigen, so verteidigen sie nicht etwas, das ihnen wesenfremd wäre, sondern sie verteidigen einen Organismus, zu dessen edelsten Teilen sie selbst gehören. So gewiß es ist, daß diesem deutschen Staate heute noch die schwersten Fehler und Mängel anhaften, an deren rücksichtsloser Bekämpfung es die Sozialdemokratie nach dem Kriege noch weniger fehlen lassen wird als vorher, so gewiß ist es auf der andern Seite, daß nur auf dem Boden dieses Staates die deutschen Arbeiter sich ihre sozialistische Zukunft in hartem Kampf, Stein auf Stein, aufbauen können. Gerade durch den proletarischen Klassenkampf ist der früher richtige Satz: Der Arbeiter hat kein Vaterland heute zu einer Unwahrheit geworden und wird Tag für Tag mehr zur Unwahrheit.

6. Der von Bernstein neuerdings so gern konstruierte und kürzlich auch von Herrn von Gerlach in ähnlicher Verbindung übernommene Gegensatz zwischen Staatspolitik und Volkspolitik, Gewaltpolitik und Vertragspolitik, Machtpolitik und Rechtspolitik ist reine Ideologie. Man kann das Volk nicht vom Staat, das Recht nicht von der Macht lösen.

Nuß man es dem Biographen und Herausgeber Lassalle's erst sagen, daß alle Rechtsfragen in letzter Linie Machtfragen sind und daß diese von Lassalle uns für die Verfassungskämpfe gelehrt Wahrheit für die Konflikte der Völker ebenso gilt wie für die Konflikte der Klassen? Gewiß erstreben wir alle für die Zukunft vertragliche Regelungen der internationalen Beziehungen. Aber sie werden nur insoweit bindende Kraft haben, als hinter ihnen die reale Macht der Vertragsschließenden steht. Was nügen den politisch und militärisch ohnmächtigen Griechen heute die schönsten internationalen Verträge? Genau so wenig, wie einer ohnmächtigen Gewerkschaft die schönsten Paragraphen eines Tarifvertrages etwas nügen!

7. Aber von allem verstandesmäßigen Erkennen einmal abgesehen: es gibt auch ein Fühlen, das seinerseits auch einen höchst realen Faktor vorstellt. Und da in den Aeren der deutschen Arbeiter nun einmal kein international neutrales, sondern deutsches Blut rollt, so bringen sie es auch rein gefühlsmäßig nicht fertig, dem deutschen Daseinskampf mit jener kühlen abwägenden Objektivität gegenüber zu stehen, die den Genossen Bernstein kennzeichnet. Wer mitten im Toben dieses Krieges einen solchen kühlen Internationalismus aufbringt, der mag selbst glauben, daß er ethisch turmhoch über uns andern stehe. Ich für meine Person gestehe offen, daß ich mich zu der eiskalten Höhe solcher Objektivität heute nicht aufzuschwingen vermag. Ich kann einfach in diesem Kriege nicht als prinzipieller Internationalist fühlen und handeln und deshalb wäre es auch unehrlich, wenn ich mich heute einen prinzipiellen Internationalisten nennen wollte!

8. Dennoch: So grotesk es mir auch vorkommt, wenn Bernstein den selben Arbeitern, die sich nun leider einmal mit Handgranaten und Wurfminen in den Schützengräben gegenüber stehen müssen, zumutet, im gleichen Augenblick sich „unentwegt zu den Grundfragen der Internationalität zu bekennen“ (Praxis und Theorie stehen da wirklich in allzu schroffem Widerspruch!), so wenig denke ich und so wenig denke irgend ein anderer Sozialist daran, für die Zukunft die großen internationalen Kulturziele des Sozialismus aufzugeben. Der internationale Gedanke wird vielmehr gerade aus den furchtbaren Erlebnissen dieses Krieges ungeahnte neue Kräfte gewinnen. Eine unserer vornehmsten Aufgaben nach dem Kriege wird es sein, die internationalen Beziehungen zwischen den Völkern im allgemeinen und ihren Arbeiterklassen im besonderen auf tragfähigeren Grundlagen als den früheren wieder aufzubauen.

9. Zum Ausgangspunkt der ganzen Debatte, der sogenannten Annerionsfrage, zum Schluß nur noch ein ganz kurzes Wort: Bernstein schreibt, ich hätte „Annerion nach rechts und links gepredigt“. Das ist mir gar nicht eingefallen. Ich habe vielmehr, was den Westen angeht (ohne irgendwie der alten „westlichen Illusion“ zu hulldigen), gegen Gebietsverweiterungen, von etwaigen Grenzverlagerungen abgesehen, die allerstärksten Bedenken, bin aber leider nicht in der Lage, diese Bedenken hier im einzelnen auseinanderzusetzen. Im übrigen ist es natürlich auch mir sehr wohl bekannt, daß Gebietsverweiterungen allein die größere oder geringere Macht eines Staates keineswegs bestimmen, daß vielmehr die Leistungsfähigkeit seiner Industrie, die Ausbreitung seines Handels und andere Faktoren dabei in noch viel höherem Grade mitsprechen. Worauf es ankommt, ist eben nur, alle diese Dinge ökonomisch und politisch zu beurteilen, und nicht, wie Bernstein es tut, ethisch und sentimental. (z)

## Aus der französischen Opposition.

Genf, 10. September 1916. (Fig. Bericht.)

Die soeben erschienene Augustnummer der „Union Rétaux“, des von Wertheim geleiteten Organs der französischen gewerkschaftlichen Opposition gibt einen Ueberblick über die „zwei Kriegsjahre“, dem wir die wichtigsten Stellen entnehmen.

„Wir haben wir daran geglaubt, daß der Krieg nur drei Monate dauern würde, schreibt das Organ der Metallarbeiter, aber wir haben auch nicht an die Prophezeiung, die Herr Richener mit kalter Gleichgültigkeit machte, geglaubt, der Krieg würde drei Jahre dauern. Uebrigens hat die Jenseit dafür gesorgt, daß diese düstere Prophezeiung uns nicht zu Ohren käme, im Gegenteil, die läge- und blutstropfende Presse wurde ermutigt, einen naßen Frieden — durch den Sieg der Alliierten herbeigeführt — vorzutauschen. Ein langdauernder Krieg schien uns unmöglich, und wer hätte je so einen Wahnsinn bei den Regierenden vermutet, so eine Dammgeduld bei den Vätern?“

Und doch ist eine Reihe fürchterlicher Momente aufeinander gefolgt, einer Winterkampagne ist eine andere gefolgt, eine besser vorbereitete Offensive hat eine zusammengebrochene ersetzt: ein Jahr des Elends und der Trauer genügt nicht, ein zweites hat sich dem ersten anreihen müssen. Der Krieg dauert fort, seine zerstörerische Wut wächst mit seiner Dauer, die Dörfer und Städte sind vernichtet bis auf den letzten Stein, unzählige Menschen unter der von den Wölfen ausgewählten Erde verschüttet, werden sich im Schauer, lebendig begraben zu werden. Das ist der Krieg, der hundertmal grausamer ist als die Kriege der primitivsten Völker und der Tiere, — die wenigstens keine Reden über Recht und Kultur halten!

Wie steht es mit uns jetzt, wo wir an der Schwelle des dritten Kriegsjahres uns befinden?

Gar manche Lüge und Täuschung, die in den ersten Tagen vorherrschten, sind verfloren. . . Die Deklamationen über den deutschen Militarismus, die im Anfang so gute Dienste erwiesen, täuschen heute nur noch diejenigen, die sich täuschen lassen wollen. Zwei Tatsachen kommen heute klar zum Vorschein. Niemand könnte wagen, sie heute zu bestreiten. Diese zwei Tatsachen werfen ein klares Licht auf die Hauptziele der Alliierten.

Lehten Mai sind Vertreter Rußlands nach Frankreich gekommen. Unter ihnen befand sich Herr Wjzjuloff, ein liberales Mitglied der Duma, Führer der russischen Liberalen, die bereits zu Imperialisten geworden. Herr Wjzjuloff ist von kriegerischer Leidenschaft besetzt. Ein langer Krieg erschrickt ihn nicht, er hält ihn für notwendig. Während seines Aufenthalts in Paris ist er sehr gesprächig gewesen, er hat mit Deputierten und Journalisten viel gesprochen. Ein Redakteur des „Oeuvre“ hat folgende grundlegende Erklärung verzeichnet können (Nummer des 22. Mai 1916):

„Der April 1915 wird in die Geschichte Rußlands als ein epochenmachendes Datum eingetragen werden, weil zu der Zeit

unsere Beziehungen mit unseren Alliierten, soweit die Meerengen (Dardanellen) in Betracht kommen, geregelt worden sind. Im Weltkrieg ist der Orient und zugewiesen worden.“ Der Berichtserstatter des „Oeuvre“ fügt hinzu: „Wir hören und sehen Herrn Wjzjuloff aufmerksam an; er spricht mit einer beglauberten Aufrichtigkeit. Man fühlt in ihm zu gleicher Zeit den feurigen Patrioten und den klarschauenden Parlamentarier, er verliert keine Zeit in Allgemeinplätzen, in überflüssigen Abweichungen, in rhetorischen Uebungen: für ihn ist die Frage der Meerengen vom praktischen Standpunkte der Hauptzweck dessen, was Rußland vom Kriege erträgt und erhalten wird. Das ist die Stellungnahme des Herrn Wjzjuloff, von ihr weicht er nicht ab.“

Die Romantik — wespelt Herr Wjzjuloff — ist seit langer Zeit aus der Politik geschwunden. Im Anfang des Krieges gab sich die große Masse der Arbeiter keine Rechenschaft über die Ziele des Krieges, sie dachte, es handle sich um einen bloßen Defensivkrieg und es würde genügen, den Feind zu entfernen, um ruhig sein zu können. Die Arbeiter haben sich aus Unwissenheit geirrt; man muß sie aufklären.

Wir danken Herrn Wjzjuloff für die Aufklärung, die er uns bringt. Er hat Recht, uns zu sagen, daß der April 1915 ein epochenmachendes Datum in der russischen Geschichte darstellt; auch für die Geschichte anderer Länder kann dasselbe behauptet werden. Und zwar haben wir erfahren, daß in demselben Momente, als es in Frankreich für ein Verbrechen betrachtet wurde, an der Aufrichtigkeit der regierenden Kreise zu zweifeln, zu einer Zeit, wo die Arbeiterkonföderation sich weiterte, auf einen Aufruf deutscher Arbeiter zu antworten, in demselben Momente im Dunkel der Kankleien der Entente, ohne daß in den sich liberal und demokratisch nennenden Ländern wie Frankreich und England das Parlament befragt gewesen — Konstantinopel und der Orient Rußland zugewiesen wurde.“

Nachdem das Blatt festgesetzt hat, daß der Krieg einen vollständigen Sieg Delcassés — der stets ein Werkzeug des englisch-russischen Imperialismus gewesen — darstellt, und daß die Westnahme Konstantinopels durch Rußland den unendlichen Krieg bedeute, für den Herr Wjzjuloff schwärmt, geht es zur Betrachtung des zweiten Kriegszweckes der Alliierten über, und zwar — wie es durch die Alliiertenkonferenz zu Paris umschrieben wird — die ökonomische Abberung der Zentralmächte — der ökonomische Krieg, der den militärischen abzulösen berufen sein sollte.

Angesichts dieser klar umschriebenen Kriegsziele fordern wir die französische Arbeiterklasse auf, gerade jetzt, wo man ihr einen baldigen Frieden vor die Augen führt, einen Frieden, den man sieht, der schon in die unmittelbare Nähe gerückt ist, nachzudenken, Vergleiche anzustellen, und zwar Vergleiche zwischen den Worten und den Taten.

„In dieser Stunde — fährt die „Union des Métaux“ weiter aus — hat niemand mehr das Recht, sich durch trügerische Täuschungen blenden zu lassen. Hält man es nicht für äußerst wichtig, daß Konstantinopel russisch wird und daß wir unsere Maschinen aus Birmingham statt aus Mannheim bekommen, so ist der Friede möglich. Strebt man hingegen die politische und wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands an, dann handelt es sich freilich um den langen Krieg, den Herr Wjzjuloff wünscht, einen händigen Krieg, denn in so einem Falle würde der wirtschaftliche Krieg dem militärischen folgen. Wir werden sehen, ob unsere regierenden Kreise es wagen werden, diesen Weg zu betreten, ob sie eine Offensive für 1917 vorbereiten werden, und somit auf eigene Faust das grausamste Spiel fortsetzen werden bis zur völligen Erschöpfung der lebendigen und wirtschaftlichen Kräfte der Völker. Wir wollen sehen, ob Gewerkschaftssekretäre oder Führer der sozialistischen Parteien sich an so einem Werke der Völkervernichtung beteiligen werden.“

Was uns betrifft, ist unsere Wahl getroffen. Der 2. August 1914 bedeutet für die Arbeiterklasse eine große Niederlage, je mehr der Krieg andauert, desto größer wird unsere Niederlage. Laßt uns auch an unsern Sieg denken! Der Friede, der dem imperialistischen Kriege ein Ende bereiten wird, wird nur insofern ein Völkerrriede sein, als die Arbeiterklasse ihn den Regierenden und ihren Diplomaten aufzwingen wird. Bereiten wir uns vor! Es ist die höchste Zeit!“

Dieselbe Nummer des Metallarbeiterorgans enthält weitere sehr wichtige Artikel, unter anderem über die Veedler Konferenz. Für die Stimmung, die in der gewerkschaftlichen und sozialistischen Opposition Frankreichs vorherrscht, ist der angeführte Artikel jedenfalls sehr bezeichnend. (a)

## Politische Uebersicht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

ist zu einer Sitzung für den 20. d. M. eingeladen worden.

### Parlamentarische Statistiken.

In der „Welt am Montag“ behandelt Herr v. Gerlach die von nationalliberaler Seite ausgehenden Anregungen, einen parlamentarischen Veirat zu schaffen. Er stellt fest, daß man es hier wieder mit einer der bekantesten nationalliberalen Halbheiten zu tun hat — ein Veirat, der nur begutachten darf, im übrigen nichts zu sagen hat. Herr v. Gerlach findet, daß es besser wäre, gleich ganze Arbeit zu machen und einfach das parlamentarische Regierungssystem zu verlangen. Er sagt: „Was wir brauchen, ist kein „Veirat“, sondern parlamentarisches Regime. Während des Krieges ein Koalitionsministerium, nach dem Kriege eine Wehrheitsregierung.“ Daß die Struktur der Reichsverfassung dem im Wege steht, gibt Herr v. Gerlach zu, aber er meint, die Verantwortung muß auf ein Reichsministerium verteilt werden, und dies Ministerium muß ein parlamentarisches sein, d. h. aus den Vertrauensmännern der Mehrheit des Volkes bestimmt werden.

„Die Hauptsache bleibt: das Parlament muß direkten Einfluß auf die Reichs- und Staatsgeschäfte erlangen. Es darf sich nicht mit einem Schein von Macht begnügen, sondern muß wirkliche Macht bekommen. Nicht parlamentarische Veiräte brauchen wir, sondern parlamentarische Minister. Unsere Parlamentarier sollen nicht als Statisten figurieren, sondern als Akteure regieren.“

### Noch ein kriegswütiger Ausschuß.

Ein in München ansässiger „Volksausschuß für rasche Niederlämpfung Englands“ verendet, wie die „B. am Mittag“ mitteilt, einen Aufruf, der den nicht ganz neuen Gedanken breittreibt, daß England niedergeworfen werden müsse. Volontierter ist es schon, wenn weiter erklärt wird, daß England nur zur See bezwungen

werden könne. Sehr deutlich wird dann der Aufruf mit einem Hinweis auf die amerikanische Unterstützung Englands und vollkommene Klarheit über die Absichten des Ausschusses gemittelt man, wenn man die Unterschriften des Aufrufs liest. Er ist unterzeichnet von den bayerischen Reichsräten Graf Preussing und Duhl, von den Abgeordneten Einhäuser, Pfleger, Schmittbauer, Hübsch, Löwenstedt usw., alles Namen, deren Träger bereits als Teilnehmer der bekannten Audienz „führender Männer“ bei König Ludwig von Bayern genannt wurden. Die „neue Aktion“ des neuen Ausschusses erweist sich als eine simple Fortsetzung des Feldzuges, den die bayerische Fronde schon vor einigen Monaten mit großem Tamtam eingeleitet hat.

### Ein Friedensprogramm bürgerlicher Frauen.

Der Nationale Frauenausschuss für dauernden Frieden hat ein Programm aufgestellt, das, nach der „Welt am Montag“, in folgenden vier Forderungen gipfelt:

I. Unterstützung der vorhandenen und Aufstellung neuer Forderungen auf erzieherischen, politischen, gesetzgeberischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten, die geeignet sind, den Wiederaufbau von Kriegen unter den Kulturvölkern zu verhindern.

II. Unterstützung und Neuschaffung internationaler Beziehungen.

III. Versuch, alle in Deutschland vorhandenen Organisationen, deren Zweck es ist, den Ausbruch von Kriegen zu verhindern, zu einem loyalen Bunde zusammenzuschließen, der die Störfaktoren nach außen holt, ohne im geringsten die Freiheit und Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen im Innern anzutasten.

IV. Förderung der politischen Gleichberechtigung der deutschen Frauen, um wirksamen Einfluss auf die staatlichen Angelegenheiten ausüben zu können.

Diese Forderungen des Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden, der damit zum ersten Male an die Öffentlichkeit tritt, sind ein erfreulicher Beweis dafür, daß auch die bürgerlichen Frauen sich allmählich von der Kriegspsychose frei zu machen anfangen. Hoffentlich ziehen die um dieses Programm sich gruppierenden Kreise aus diesen Forderungen auch die Folgerung, daß die in ihnen flizierende Zukunftarbeit nur ersprießlich sein kann, wenn sie anknüpft an eine entsprechende Gegenwartarbeit, Hand in Hand mit jenen proletarischen Frauen, die die Aufgaben der Frau als Staatsbürgerin und Beschäftigten des Lebens klar erkannt haben.

### Denkschrift über Ernährungsfragen.

Dem Reichstage wird auch diesmal wieder bei seinem Zusammentritt eine Denkschrift über die in der Frage der Volksernährung getroffenen Maßnahmen zugehen. Das Plenum des Reichstages wird vermutlich nur einige Tage versammelt sein. Die Budgetkommission aber dürfte weiter tagen, um wie bisher stets, alle Fragen, ehe sie an das Plenum kommen, eingehend zu beraten.

### Ein neuer Unterstaatssekretär der Reichslande.

An Stelle des zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln berufenen bisherigen Unterstaatssekretärs Frenken, ist der Landgerichtspräsident Wenge, vom Landgericht Charlottenburg, zum Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen ernannt worden. Von 1899 bis 1902 gehörte Herr Wenge der freikonserватiven Fraktion des preussischen Landtags an. Mit den Reichslanden hatte er bisher noch keinerlei Beziehungen.

### Schulnote.

Man schreibt uns: Bei einer Fahrt durch die Danziger Niederung lehre ich in einem Bauernhause ein; und während ich (welch Großstädter möchte mich nicht beneiden!) der noch kuhwarmen Milch zuspreche, erzählt mir die Wirtin, eine ebenso hübsche, wie verständliche Frau, um die die Kinder bescheiden und artig und wie die Drachpfeifen herumstehen — der Vater weist als Sanitätsfeldwebel im Westen — im Dorfe werde nur zweimal in der Woche Schule abgehalten. An diesen Tagen komme ein Lehrer aus einer benachbarten Ortschaft, wo er wohne, und wo er viermal seines Amtes walte. Wie wenig bei einem zweitägigen Unterricht herauszukommen, wo in einer Klasse Jungen und Mädchen und alle Altersstufen vereint seien, sei klar, und das bei aller Mühe und Aufopferung des beliebten Beamten.

In anderen Dörfern soll es ähnlich sein. Mein Anerbieten, öffentlich darauf hinzuweisen, fand bei der Mutter vollen Beifall, vor dem allerdings, wie ich als ehrlicher Mensch hinzufügen muß, auf den Gesichtern der Kinder nichts zu spüren war.

Wie entsprechen solche Zustände, frage ich, dem Wunsche des Ministers, den Schulbetrieb überall voll aufrechtzuerhalten? Wie haben sie überhaupt bei dem Ueberflusse an weiblichen Kräften eintreten können?

### Rückfluß deutscher Papierzahlungsmittel aus Belgien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Infolge der Umwälzung Belgiens sind deutsche Papierzahlungsmittel, insbesondere Reichsbanknoten, fortgesetzt nach Belgien abgeflossen. Der Abfluß war ein sehr starker, weil wir ein Zahlungsverbot, wie es gegen unsere übrigen Feinde gerichtet worden ist, Belgien gegenüber nicht erlassen haben. Die nach Belgien abgeströmten Reichsbanknoten und Scheine liefen im Lande um und dienten dem belgischen Zahlungsverkehr, waren aber für den deutschen Zahlungsverkehr verloren. Eriters entsprach den Wünschen der an den Franken gewöhnten Bevölkerung nicht, letzteres widersprach dem deutschen Interesse. Die Neuordnung des belgischen Notenbankwesens bot die Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen; sie war — wie bekannt — notwendig geworden, weil der belgische Nationalbank das Notenausgaberecht entzogen werden mußte, da sie ihren gesamten Metallbestand nach London überführt hatte und demzufolge nicht mehr imstande war, als Notenbank zu funktionieren. Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 22. Dezember 1914 wurde der Société Générale de Belgique das Notenausgaberecht verliehen; das am 9. Januar 1915 erlassene Statut bestimmte dazu, daß nicht nur die Kassenscheine, insbesondere die in den Kassen liegenden deutschen Papierzahlungsmittel, sondern auch Guthaben bei deutschen Banken und Bankiers von unbedingter Sicherheit als Notendeckung verwendet werden können. Die in Belgien befindlichen Reichsbanknoten und Scheine, soweit sie nicht in die belgische Nationalbank gelangt sind, sammelten sich nunmehr zu einem erheblichen Teil in den Kassen der Société Générale an, die dafür Franknoten ausgab und so den belgischen Zahlungsverkehr mit Zahlungsmitteln versorgte, die dem Bedarf und den Wünschen der Bevölkerung entsprachen. Wegen Umwandlung dieser Bestände an Reichsbanknoten in Guthaben auf Deutschland wurden schon vor Monaten mit der Société Générale de Belgique und mit der belgischen Nationalbank Verhandlungen eingeleitet, die jetzt zum Abschluß gelangt sind. Die Umwandlung lag im deutschen Interesse, weil sie die deutschen Zahlungsmittel dem deutschen Zahlungsverkehr wieder zuführte, sie lag aber auch im Interesse der belgischen Notenbanken, weil sie den Erlaß eines Zahlungsverbotes gegen Belgien zwecks Hinderung eines weiteren Notenabflusses aus Deutschland unvermeidlich geworden wäre. Mit Rücksicht hierauf hätte die Umwandlung nötigenfalls im Wege der Einleitung einer Zwangsverwaltung über die Société Générale und die Nationalbank herbeigeführt werden müssen. Angesichts dieser Sachlage haben

die beiden Notenbanken die Ueberführung der Bestände an die Reichsbank, welche für diese Guthaben genau ebenso hastet wie für ihre Noten, zugestanden. Die Uebertragung der Guthaben an andere deutsche Banken behufs Erzielung einer Verzinsung steht der Société Générale und der Nationalbank frei.

Der erste Transport der Reichsbanknoten ist am 13. d. M., der zweite am 16. d. M. in Berlin eingetroffen.

## Das tägliche Brot.

### Festsetzung der Preise für die beschlagnahmten Äpfel und Pflaumen.

Amlich, Berlin, 18. September. (B. L. B.) Die Preise der auf die militärische Anordnung für Marmeladenzwecke beschlagnahmten Pflaumen und Äpfel sind durch Anweisung an die zum Ankauf ermächtigten Aufkäufer wie folgt geregelt:

Für Hauszwecke gilt der bestehende Erzeugerhöchstpreis von 10 M.

Für Wirtschaftsäpfel, zu denen auch die geschältesten und abgefallenen Äpfel der Tafelforten gehören, wird bis zu 7,50 M. für den Zentner gezahlt.

Für Apfel- und Wirtschaftsäpfel wird nach Beendigung des Einkaufs für die Marmeladenversorgung ein allgemeiner mäßiger Höchstpreis festgesetzt werden.

Die Marmeladenpreise werden später so niedrig festgesetzt werden, wie es bei den derzeitigen Einstandspreisen irgend angeht. Die Unmöglichkeit, anders als durch Beschlagnahme den Marmeladenbedarf zu decken, ist, wie nochmals betont wird, durch die in den meisten Teilen Deutschlands und in den besetzten Gebieten nur geringe Äpfelernte und durch die stark gesteigerte Kauflust der wohlhabenderen Bevölkerung hervorgerufen. Durch letztere wäre bei der Knappheit an Ware ohne Beschlagnahme die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Marmelade unmöglich gemacht worden. Die Verwendung im Haushalt zum Frischverzehr, zum Einkochen und zur Nothherstellung für den eigenen Bedarf des Erzeugers bleibt nach wie vor unbeschränkt.

### Lebensmittelinterpellation im sächsischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer hat folgende Interpellation eingebracht: 1. Was hat die Regierung getan, um die noch immer herrschenden Missetände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Lebensmittelpreise zu beseitigen und den Lebensmittelwucher in gebührender Weise zu bekämpfen? 2. Welche Schritte hat sie insbesondere unternommen, um der darauf bezüglichen Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion vom 30. Juli dieses Jahres nachzukommen?

### Kommunale Maßnahmen.

Die Errichtung von gemeindlichen Schweinemästereien scheint in der Provinz Brandenburg Fortschritte zu machen. Jetzt geht, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, die märkische Industriestadt Forst, die eine zahlreiche, in der Tuchherstellung arbeitende Bevölkerung zu ernähren hat, mit einem solchen Plane um. Versuche mit der Fütterung von Schweinen hatte sie bereits mit Hilfe des Wirtschaftsbetriebes eines Krankenhauses gemacht, und die Erfahrungen ermutigen den Magistrat, in großem Stille fortzuführen. Außerdem will die Stadtverwaltung zur Milchversorgung ihrer Bevölkerung eigene Mähe anschaffen, wofür 10 000 M. gefordert werden.

In den Großstädten des westfälischen Industriegebietes wird jetzt der gesamte Milchhandel durch die Stadtverwaltungen so eingerichtet, daß nur für kleine Kinder und Wöchnerinnen täglich eine bestimmte Milchmenge vom 1. Oktober ab zugeführt wird. Die Städte haben teils eigene Molkereien angekauft, teils die Landwirte der Nachbarschaft durch Abgabe von Treber zur Milchlieferung verpflichtet.

### Höchstpreise in Gasthöfen.

Die Preisprüfstelle der Stadt Köln beabsichtigt, für das Hotel- und Gastwirtsgeerbe Höchstpreise einzuführen. Eine Gutachter-Kommission soll für einzelne Kategorien Richtpreise festsetzen, an denen die Preise für Speisen in den Gastwirtschaften gemessen werden sollen. Die Gastwirts-Zinnung in Köln hat es abgelehnt, einen Vertreter in die Kommission zu entsenden und auch der Hotelierverein verhielt sich ablehnend.

## Deutscher Ortskrankentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Eisenach, 18. September.

In Abwesenheit von etwa 100 Vertretern, hinter denen 5 Millionen Krankenversicherte stehen, tagte heute die diesjährige Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankentassen. Wie im Vorjahre, so war auch die diesmalige Tagung eine Versammlung von Vertretern der Unterverbände.

Verbandsvorsitzender Landtagsabgeordneter Frähdorf-Dresden gedenkt als Leiter der Verhandlungen in seiner Begrüßungsansprache dankbar der braven Truppen im Felde.

Senatspräsident des Reichsversicherungsamts Panow betont nachdrücklich, daß die Ortskrankentassen in der schweren Zeit des Krieges sich durchaus bewährt haben. Er hebt lobend besonders die weitgehende Fürsorge für die Kriegsteilnehmer hervor. — Den

### Geschäftsbericht

erstattet Geschäftsführer Lehmann. Es wird immer ein Abschnitt des Berichts zur Diskussion gestellt. Geschäftsführer Lehmann führt aus: Die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer ist eine der wichtigsten Aufgaben der Krankentassen. Vor Kriegsende kann die Reichsregierung keine Entscheidung über unsere Forderungen hierzu (Kosten der notwendigen Heilverfahren) treffen. Die Kassen werden gebeten, sich an den Organisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge nachhaltig, auch finanziell, zu beteiligen. Die Durchführung der notwendig werdenden Heilverfahren muß eine finanzielle Angelegenheit des Reiches sein. Der Wucher auf dem Arzneimittelmärkte erfordert energische Maßnahmen der Reichsregierung; es muß eine Bestandaufnahme stattfinden; die ermittelten Vorräte müssen beschlagnahmt und die Verteilung einer Kriegsbeschädigtenhilfe übertragen werden, in deren Aufsichtsrat auch die Krankentassen vertreten sein müssen. Das Abkommen mit den Berufsvereinigungen ist abänderungsbedürftig; solange nicht eine Änderung der Reichsversicherungsordnung den Kranken gesetzlichen Anspruch auf Erstattung der Unkosten aus Betriebsunfällen von Beginn des Versicherungsfalles an gibt, muß zumindest darauf gedrungen werden, daß voller Ersatz für diese Unkosten nach Beginn der 13. Woche nach dem Unfall geleistet wird. Das Verhältnis zu den Krankentassen bedarf der Neuregelung. Die Krankentassen waren früher bei der Regierung lieblos. Bei Beginn des Krieges haben sie die Kriegsteilnehmer vor die Tür gesetzt (Zuruf: National!). Weil sie die finanziellen Lasten nicht aufbringen können. Jetzt ist ihnen auf unsern Vorschlag hin durch Bundesratsverordnung die Verpflichtung auferlegt worden, die Kriegsteilnehmer während des Krieges weiter zu unterstützen. Die Krankentassen durchbrechen

den wichtigen Grundsatz der Zwangsversicherung; sie mögen als Hilfs- und Zuschußklassen weiter bestehen, dürfen aber nicht weiter als Ersatz für die Ortskrankentassen gelten, die nicht auf die günstigeren Versicherungsrisiken der Krankentassenmitglieder verzichten können. Dazu treiben die Krankentassenverbände eine marktschreierische Kampagne mit unwahren Behauptungen, so der, daß die Ortskrankentassen aus der Beitragsentlastung der Arbeitgebenden Teile für Rechnung der Krankentassen große Gewinne erzielen. Die Krankentassen müssen in reichlicher Maße Gelegenheit haben, zu den Versammlungen der Kassenvereinigungen aus allen Gruppen der Kassenverwaltung Vertreter zu entsenden.

In der Diskussion hierüber führt Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal aus: Die Kassenvereinigungen (Hauptverband, Unterverbände usw.) haben sich als notwendige Glieder der Organisation erwiesen, ohne sie wäre eine Verständigung zwischen Ärzten und Kassen, Regierung und Versicherten gar nicht möglich. Die Versammlungsfreiheit der Kassenvereinigungen beschränkende Anordnungen sind rechtswidrig.

Reichstagsabgeordneter Bauer-Berlin (Generalkommission): Das ganze Aufsichtswesen der Reichsversicherungsordnung ist ein Ausnahmewesen gegen die Versicherer, das aufgehoben werden muß. Die Entschädigung für die Delegierten der Kassenvereinigungen muß gemäß den Satzungen der Kassen erfolgen.

Graef-Frankfurt a. M.: Trotz dem Weltkrieg finden sich noch Verwaltungsorgane, besonders in Norddeutschland, die die Kassen schikanieren. Die Kassenverwaltungen sind aber auch vielfach zu ängstlich.

Geschäftsführer Lehmann (im Geschäftsbericht fortsetzend): Die Kassenverwaltungen müssen für die nach dem Kriege notwendige Reform der Reichsversicherungsordnung dem Vorstand Material übersenden. Einstellung von Kriegsbeschädigten empfiehlt sich nur bei entsprechend vorgebildeten Personen. Vereinbarungen zwischen Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankentassenverbänden zu schnellerer und gründlicherer Heilung solcher Kranken, die sich nicht im Kassenbezirk aufhalten, in dem man auf Ersuchen der leistungspflichtigen Kasse das Geld durch die Krankentasse ihres Aufenthaltsortes überweist, sind abgeschlossen. Die Gehälter der Kassenbeamten müssen durch Teuerungszuschläge erhöht werden. Die jährlichen Verbände versuchen ähnlich wie die Ärzte ungeduldfertige Forderungen zu erheben; dagegen helfen nur eigene Zahnkliniken der Krankentassen. Die Beteiligung der Krankentassen an Ausstellungen muß zentralisiert werden.

Der Hauptverband besitzt jetzt eine eigene Verlagsgesellschaft. Die Verlagsstelle für das Heilwesen hat gut gearbeitet.

In der folgenden Aussprache protestiert u. a. Abgeordneter Bauer-Berlin heftig dagegen, daß der Vorstand der heutigen Versammlung wiederum fertige Resolutionen vorlege und die Diskussionen beschränke.

Vorsitzender Frähdorf befreit entschieden die Berechtigung dieses Vorwurfs. Eine Demokratie nach dem Willen Bauers würde dazu führen, daß vierteljährlich eine Hauptverbandsversammlung abgehalten werden müßte.

Geschäftsführer Lehmann (Schlußwort): Das Mißtrauen gegen die Zentralvereinigungen, wie die zwischen den Kassenverbänden, die natürlich ein Kompromiß darstellen, ist begründet; dieses Abkommen zwischen den Kassenverbänden aber ist jetzt unterzeichnet und eine Abänderung nicht möglich; es gilt auch nur für diejenigen Kassen, die es unterzeichnet haben. Nicht richtig ist es, daß den Kassenvertretern keine Gelegenheit geboten war, vorher über die Vorlage zu beraten. Der Entwurf hat schon im Vorjahre der Hauptversammlung in Frankfurt a. M. vorgelegen. Darauf wird dem Vorstand die Genehmigung erteilt, eine Kommission zu bilden, die die Reform der Reichsversicherungsordnung beraten und einen Musterdienstvertrag ausarbeiten soll.

Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal berichtet über die Errichtung einer Prüfungsstelle für Krankentassen entsprechend den Revisionsverbänden der Genossenschaften. Die Vorlage soll von den Unterverbänden beraten werden, die ihre Beschlüsse dem Hauptverband übermitteln sollen.

Ein Diskussionsredner erklärt eine solche Prüfungsstelle als Ueberzentralisation.

Vorsitzender Frähdorf erwidert: Solange nicht die Gewißheit vorhanden sei, daß die Unterverbände diese Aufgabe durchführen, müsse der Hauptverband sie auf sich nehmen.

Die Leitjahre des Referenten werden angenommen. Nach der Mittagspause Kommerzienrat Simon-Berlin (Arbeitgebervertreter) auf die fünfte Krankentasse hin. Es könnten nicht nur der Reservefonds, sondern auch Betriebsmittel in Kriegsanzleihe angelegt werden. Die Ortskrankentasse Berlin habe wiederum eine Million gezeichnet.

Die Vorlage über das Verhältnis der Unterverbände zum Hauptverband wird als noch nicht spruchreif zurückgestellt.

Vorsitzender Frähdorf berichtet über den

### Stand der Arztfrage.

Das Berliner Abkommen hat sich durchaus nicht bewährt. Die Schiedsämter haben Urteile gefällt, die zum Ruin der Kassen führen müssen. Bei unseren Forderungen, die Familienhilfe auszuweiten, stoßen wir auf Verständnislosigkeit der Ärzteorganisationen. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Den Kassen wird empfohlen, Arztverträge abzulehnen, die Pauschalgebühren, die höhere Aufwendungen als Einzelbezahlung verursachen, nicht paritätische Zuschüsse und Verteilung des Arzthonorars ohne Mitwirkung der Kasse vorsehen.

Scholem und Bauer-Berlin wenden sich heftig gegen das Berliner Abkommen.

Frähdorf erklärt, daß die Berliner Vertreter das Abkommen zu schwarz malen.

Unter Ablehnung eines Berliner Abänderungsantrags werden die Leitjahre gegen 15 Stimmen angenommen.

Graef-Frankfurt a. M. spricht über:

### Mutterschaftsversicherung und Krankentassen,

verlangt Zwangsmutterschaftsversicherung und bis dahin freiwillige Selbstversicherung auf Wochenhilfe, Erhöhung der Leistungen und Kostenersatz durch das Reich.

Dienstag Weiterberatung.

## Aus Groß-Berlin.

### Kommt in Berlin eine Wohnungsnot — ?

Gegenüber warnenden Stimmen, die auf die Gefahr einer für Berlin und andere Großstädte nach dem Krieg zu erwartenden Wohnungsnot hinweisen, heben die Grund- und Hauseigentümer hervor, daß noch immer ein ihnen sehr unbequemes Ueberangebot von Wohnungen bestehe. Wie der Wohnungsmarkt Berlins sich im Laufe des Krieges entwickelt hat, im besonderen ob hier in dieser Zeit die unvermieteten geliebten Wohnungen sich gemehrt oder gemindert haben, darüber kann man sich jetzt belehren aus der neuesten Zahlungsergebnisse der Wohnungen, die im Gebiet der Stadt Berlin am 15. Mai 1916 ausgeführt worden ist. Die jetzt durch das Berliner Statistische Amt veröffentlichte Zusammenstellung der Hauptergebnisse macht die übliche Unterscheidung in Wohnungen ohne Gewerberäume und Wohnungen mit Gewerberäumen, gliedert nach der Zimmerzahl und nach Stadtteilen und fügt zur Vergleichung die Ergebnisse der Zahlungen vom 1. Dezember 1913 und 1. November 1914 bei. Für ganz Berlin wurden in 1913, 1914, 1916 als leerstehend ermittelt 27 809, 39 728, 39 863 Wohnungen, darunter

ohne Gewerberäume 25 945, 35 904, 33 492 Wohnungen, mit Gewerberäumen 1864, 3824, 6371 Wohnungen. Während das Jahr 1914 eine ganz außerordentliche Mehrung leerstehender Wohnungen mit wie ohne Gewerberäumen brachte, vollzog sich in den anderthalb Jahren von November 1914 bis Mai 1916 zwar eine weitere und wieder noch sehr bedeutende Mehrung der leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen, aber eine Minderung der leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume, so daß auch die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen kaum noch stieg. Die Wohnungen ohne Gewerberäume bilden die Hauptmasse des gesamten Wohnungsvorrates und kommen für den Wohnungsbedarf der Bevölkerung hauptsächlich in Betracht, so daß ihre Mehrung oder Minderung ausschlaggebend für den Wohnungsmarkt ist.

Bei dieser Wohnungsgruppe ergibt nun die Gliederung in Wohnungsklassen nach der Zimmerzahl, daß von 1914 zu 1916 die leerstehenden mittleren und großen Wohnungen sich gemehrt, aber die leerstehenden Kleinwohnungen sich gemindert haben. Gemehrt haben sich die Wohnungen mit drei, vier, fünf und mehr Zimmern und daneben auch die sogenannten „Wohnungen“, die gar kein Zimmer haben, sondern nur aus einer Küche, aus einer Kammer oder aus Küche und Kammer bestehen. Gemindert aber haben sich die Wohnungen mit einem Zimmer und noch stärker die mit zwei Zimmern. In 1913, 1914, 1916 wurden unter den Wohnungen ohne Gewerberäume als leerstehend ermittelt 557, 685, 979 Wohnungen mit keinem Zimmer, 13 093, 16 717, 14 347 mit einem Zimmer, 7000, 10 744, 8329 mit zwei Zimmern, also zusammen 20 650, 28 146, 23 655 mit keinem, einem oder zwei Zimmern, ferner 2347, 3736, 4403 mit drei Zimmern, 1186, 1728, 2341 mit vier Zimmern, also zusammen 3533, 5464, 6744 mit drei oder vier Zimmern, schließlich 1762, 2294, 3093 mit fünf oder mehr Zimmern.

Wie es zu erklären, daß die leerstehenden Wohnungen in den Klassen der großen und der mittleren Wohnungen sich gemehrt, in der Klasse der kleinen Wohnungen sich gemindert haben? Offenbar ist dieses Ergebnis zustande gekommen infolge einer Einschränkung des Wohnungsbedarfs, einer Knappheit der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, einer Abwanderung aus den größeren und teureren Wohnungen in die kleineren und billigeren.

Bei den Wohnungen mit Gewerberäumen tritt diese Erscheinung weniger deutlich hervor. Hier zeigt sich in allen Wohnungsklassen eine Mehrung, selbst bei den Wohnungen mit nur zwei oder weniger Zimmern, aber erkennbar ist allerdings, daß auch hier die kleineren Wohnungen mit ihrer Mehrung der leerstehenden doch hinter den größeren zurückbleiben. In 1913, 1914, 1916 zählte man von leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen zusammen 1653, 3421, 5566 mit zwei, einem oder keinem Zimmer, zusammen 211, 403, 805 mit drei, vier, fünf oder mehr Zimmern. (Von 1914 zu 1916 mehrten sich hier die leerstehenden kleineren Wohnungen nur noch um etwa 63 Proz., dagegen die leerstehenden größeren um nahezu 100 Proz.) Daß die durchgängige, wenn auch in den einzelnen Wohnungsklassen nicht gleichmäßig starke Zunahme der leerstehenden Wohnungen mit Gewerberäumen aus der Schließung von Geschäften zu erklären ist, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Im ganzen sind der leeren Wohnungen mit Gewerberäumen nicht so viele, daß an dem Gesamtbild durch sie etwas Wesentliches geändert würde. Auch wenn man sie mit den Wohnungen ohne Gewerberäume zusammenwirft, ergibt die Gliederung in Wohnklassen nach der Zimmerzahl immer noch den oben nachgewiesenen Gegensatz, daß von 1914 zu 1916 die leerstehenden Wohnungen bei den großen und den mittleren sich gemehrt, bei den kleinen sich gemindert haben. In 1913, 1914, 1916 standen leer überhaupt 688, 1044, 1527 Wohnungen mit keinem Zimmer, 18 983, 18 552, 17 169 mit einem Zimmer, 7632, 11 971, 10 525 mit zwei Zimmern, 2503, 4087, 4983 mit drei Zimmern, 1217, 1790, 2484 mit vier Zimmern, 1786, 2334, 3175 mit fünf oder mehr Zimmern.

Zu diesen Ergebnissen paßt durchaus dasjenige der Gliederung nach Stadtteilen. Von 1914 zu 1916 hatten nur der Norden und der Osten eine Minderung der leerstehenden Wohnungen, offenbar deshalb, weil hier die Kleinwohnungen in der Gesamtzahl den Ausschlag geben.

Wüssen wir für Berlin eine Wohnungsnot befürchten? Angesichts dieser Ergebnisse der neuesten Zählung leerstehender Wohnungen glauben wir noch mehr als zuvor, daß die Frage zu bejahen ist. Bei weiterer Fortdauer des Daniederliegens der Bautätigkeit und weiterer Abwanderung aus den teureren Wohnungsklassen in die minder teuren dürfte nur zu bald die Reserve leerstehender Kleinwohnungen auf einen geringen Rest zusammenschmelzen.

### Neue Regelung der Fleischpreise.

Der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der anderweitigen Festsetzung von Kleinhandelspreisen für Rind- und Kalbfleisch beschäftigt und folgende Preise festgesetzt, die sich in wesentlichen Punkten als eine nicht unerhebliche Ermäßigung darstellen.

#### I. Für Rindfleisch:

Lende	8,30 M.
Roastbeef mit eingewachsenen Knochen	2,80 „
Schmorfleisch ohne eingewachsene Knochen u. ohne Knochenbeilage (Keule u. Bug)	3,— „
Die übrigen Teile (eingewach. Knochen u. Knochenbeilage)	2,40 „
Knochen nicht mehr als 1/2 des Gesamtgewichts ausmachen	0,50 „
Gehacktes	2,50 „

#### II. Für Kalbfleisch:

A. Sorte I: für Fleisch von jungen und älteren Sauglälbern und von Mastlälbern über 60 Pfund Schlachtgewicht:	
a) Rücken und Keule mit Hage, Brustspitze ohne Hals, ohne Kadbruft und ohne Dämmung	2,80 M.
b) Die übrigen Teile	1,90 „
Schieres Fleisch ohne Knochen, auch Schinzel	3,00 „
B. Sorte II. Für Fleisch von Kälbern bis 60 Pfund Schlachtgewicht:	
a) Rücken und Keule mit Hage	1,50 M.
b) Für die übrigen Teile	1,30 „

Die vorstehend mitgeteilten Preise müssen erst noch vom Magistrat endgültig beschlossen und vom Oberpräsidenten genehmigt werden. Reichlich hoch bleiben die Preise, wobei zu bedenken ist, daß bei der jetzigen Art der Fleischerteilung das Publikum immer benachteiligt bleibt.

Die Beschlagnahmeverfügung über Obst ist dem Publikum wie den Händlern sehr überraschend gekommen. Am Sonntag und Montag wurden die Obstgeschäfte belagert, an vielen Stellen standen Hunderte von Frauen, um sich noch Obst einzukaufen. Die Bestände der Obsthandlungen an Äpfeln und Pflaumen waren bald geräumt. In den Markthallen langten Eisenbahnwaggons mit Obst an, die sehr bald in die Marmeladenfabriken wanderten. Vom Berliner Magistrat werden Schritte unternommen, Obst für den gewöhnlichen Bedarf für die hiesige Bevölkerung heranzuschaffen.

Nach den Bestimmungen des Kriegsernährungsamts können Großhändler, welche Obstmengen im Besitz haben, die der Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind, in besonders begründeten Ausnahmefällen die Freigabe dieser Mengen von der Beschlagnahme erwirken. Anträge dieser Art sind an den Magistrat, Abteilung für Obstversorgung (Preisprüfungsstelle, Breitestr. 11), anzubringen, und es sind dabei die besonderen Umstände, welche die Gefahr des Verderbens als vorliegend erscheinen lassen, glaubhaft nachzuweisen.

Die Straßenhändler, die bisher Äpfel und Pflaumen feilhielten, müssen sich auf den Verkauf von Tomaten, Birnen und — Zwiebeln beschränken. Für viele Händler, die den Obsthandel als Erwerbquelle betrachteten, bedeutet die neue Verordnung einen tiefen Eingriff in ihre Existenz. Die Hauptsache dürfte allerdings sein, daß die Interessen der Konsumenten in nachdrücklicher Weise wahrgenommen werden. Zu diesem Zwecke muß den Marmeladenfabriken geßigt auf die Finger gesehen werden. Einmal muß für eine einwandfreie Verwendung des beschlagnahmten Obstes Sorge getragen werden, dann aber ist für eine Preispolitik zu sorgen, die nicht wieder den Produzenten in die Lage versetzt, aus der Haut des konsumierenden Publikums Niemen zu schneiden.

Die Werderschen Obstsendungen nach Berlin haben in den letzten drei Wochen eine bedeutende Höhe erreicht und sie übertreffen die im Vorjahre versendeten Erträge um erhebliche Mengen. Im Fahrabchnitt vom 20. bis 25. August versandte die Obstzüchtergenossenschaft 25 544 Körbe, 48 große Körbe, 11 Tienen und 1090 Kiepen. In diese Tage fiel der Hauptversand an Edelpläumen und an Zwetschen. In der Zeit vom 27. August bis zum 1. September belief sich der Versand nach Berlin allein per Kahn auf 24 077 Körbe, 9 große Körbe, 13 Tienen und 1815 Kiepen. In der letzten Fahrwoche vom 8. bis 8. September wurden per Kahn von der Obstzüchtergenossenschaft 12 805 Körbe, 28 große Körbe, 16 Tienen und 2142 Kiepen nach Berlin gefördert. Vergleicht man damit die Zahlen des Vorjahres für die gleiche Zeit so ergibt sich eine erhebliche Mehrleistung in diesem Jahre. Im ersten Abschnitt betrug die Verfrachtung an kleinen Körben 8633, an Kiepen 767, im zweiten Abschnitt: 9397 kleine Körbe, 1310 Kiepen, und im dritten Abschnitt: 7934 kleine Körbe, 1457 Kiepen. In der Hauptsache werden jetzt Äpfel und Birnen nach Berlin befördert. Die Pflaumenlieferung ging schon Ende August zu Reife. Die Werderschen Obstplantagen weisen keine erheblichen Pflaumenbestände auf. Die Bauernpflaume, die sonst auf den Markt kam, wird meistens im Hinterlande an den Landstraßen geerntet, und wie Obstzüchter mitteilen, sind ihrem Versand Beschränkungen auferlegt, weil ihr Absatz im Produktionsbezirk gewünscht wird, um den Injassen dieser Gegenden die Möglichkeit zu verschaffen, sich mit billigem Aufstrichmittel zu versehen. Andererseits besorgen die Konsumenten selbst den direkten Ankauf. Die pflaumenreichen Gegenden des Kreises Juch-Belzig und West- und Ostbavland werden von Privatpersonen überlaufen, die den Pächtern der Pflaumenplantagen die Ernte von den Bäumen megalten, so daß dieselben mit einem Versand gar nicht zu rechnen brauchen. In ungeborenen Mengen werden auf diese Weise Pflaumen dem Großmarkt entzogen und der Händler erpart dabei die Transportkosten. Der Gesamtversand der Obstzüchtergenossenschaft beträgt in den drei letzten Wochen 742 728 Pfund, die nach dem Berliner Markt verladen wurden.

### Unterbringung kriegsgefangener Brüder, Verwandter und Freunde in ein und demselben Lager in Frankreich.

Das Kriegsministerium teilt mit: Mit Frankreich schweben zurzeit Unterhandlungen über eine gegenseitige Vereinbarung, nach der kriegsgefangene Brüder und sonstige nahe Verwandte, u. U. auch Freunde, auf Antrag in ein und demselben Kriegsgefangenenlager vereinigt werden können. Ob die Vereinbarung zustande kommt, ist noch ungewiß.

Ist einer der Brüder usw. Offizier, während der andere zu den Mannschaften bis einschließlich Feldwebel gehört, so wird eine Vereinigung vorausichtlich nicht möglich sein.

Gesuche, die bezwecken, Verwandte und Freunde unter den kriegsgefangenen Deutschen in Frankreich zu vereinigen, sind möglichst bald an das Preussische Kriegsministerium, Abteilung Kriegsgefangenenwesen, zu richten.

### Arbeiterbildungsschule. Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, der regelmäßige wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Genosse Ernst Däumig wird über das Thema: „Afrikanische Probleme“ sprechen. Eintrittspreis 10 Pf.

Am Sonntag, den 24. September, wird noch einmal eine naturwissenschaftliche Wanderung veranstaltet. Sie soll von Belgig aus über Biesenberg, Grubo, Rabenstein (hoher Fläming) und Niemeß führen.

Abfahrt 4.07 Uhr morgens von Bahnhof Friedrichstraße (Zentralbahnhof, 4. Klasse.) Ankunft in Belgig 6.15 Uhr. Treffpunkt Bahnhof Belgig, außerhalb der Bahnperre. Fahrgehd insgesamt 3,50 M. Wegelänge 35 Kilometer. Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen. Der Ausflug findet bei jedem Wetter statt.

Teilnehmerscheine, die 30 Pf. kosten und am Sonntag mitzubringen sind, werden ausgegeben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Zugsekretariat) Lindenstraße 3 und in den Bureaus des vierten und sechsten Wahlkreises.

### Die Schußwaffe in Aiderhand.

Mit dem Revolver seines Vaters hat sich der 12jährige Alfred Gerde aus der Reininger Straße 2 in Schöneberg schwer verletzt. Die Mutter des Knaben hatte sich gestern nach ihrer Arbeitsstelle, einer Schöneberger Volksküche, begeben und ihrem Sohne die Wohnungsschlüssel überlassen, da dieser während der Abwesenheit der Mutter verschiedene Befragungen machen sollte. Als der Junge zu Hause mehrere Behälter durchsuchte, fand er in einem derselben einen mit sechs Patronen geladenen Revolver, den der im Felde üehende Vater an jener Stelle verwaht hatte. Alfred G. nahm die Waffe an sich und begab sich damit auf den Weg zum Bäcker, um Brot zu kaufen. Untertwegs kam er im Lauf zu Fall, dabei entlud sich der Revolver und eine Kugel drang dem Knaben in den Unterleib. Trotz der schweren Verwundung schleppte sich der Schüler noch eine Strecke weit und brach besinnungslos in einem Hausflur zusammen. Als er dort aufgefunden wurde, machte er zunächst die falsche Angabe, daß ihm unwohl geworden sei. Die Wundläche verriet jedoch seine schwere Verletzung. Der Verunglückte wurde dann mittels Krankenwagens nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande daniederliegt.

### Nochmals: Die zugreifende Polizei.

In Nr. 249 meldeten wir aus Zegel ein Erlebnis zweier jungen Leute, die am 3. September, Sonntag, durch einen Polizeibeamten vom Straßenbahnwagen heruntergeholt und zur Wache geführt und dann nach gründlichster Durchsuchung mit dem Bescheid „Die Sache ist erledigt“ wieder entlassen wurden. Hierzu schied uns als Amtsvorleser von Zegel der Bürgermeister ein Schreiben, in dem er betont, der Beamte habe „nur seine Pflicht getan“. Der Hinweis ist überflüssig; denn wir haben das mit nicht einem Wort bestritten. Gerügt haben wir aber, daß man den jungen Leuten bei der Entlassung die Frage nach dem Grund der Entlassung mit keiner klaren Angabe beantwortete. Diese Tatsache, auf die allein es uns ankam, wird ja auch von dem Amtsvorleser nicht in Abrede gestellt. Seinem Schreiben ist beigefügt ein Bericht des Polizeibeamten, der nur anzugeben weiß, daß er den Entlassenen gesagt habe, ein Herr habe sie verdächtigt. Daß irgend ein Verdacht gegen sie entstanden sein müsse, nahmen sie ohnedies an; denn das wußten selbstverständlich auch sie, daß kein Polizist zum Spaß ein paar Leute vom Straßenbahnwagen herunterholt. Warum aber den Entlassenen nichts Näheres über den Verdacht mitgeteilt wurde, erscheint uns um so verwunderlicher, weil der Amtsvorleser jetzt sogar uns mit dem Bericht des Polizeibeamten genaue Angaben darüber macht. Verdacht hatten die beiden dadurch erregt, daß sie — wie der Bericht erzählt — sobald ein Straßenbahnwagen von Berlin ankam, „sich ins größte Gedränge des Publikums hineinbrängten“, aber „nie einsteigen“. Und sie haben „dieses Manöver öfter wiederholt“. Wohlgerne: er war an einem schönen Sommermorgen in der zehnten Abendstunde — und in Zegel, das ja durch seine Verkehrszustände bekannt ist! Da ist es vielen so ergangen, daß sich an die Straßenbahnwagen herandrängen mußten und nicht einsteigen konnten, weil die Wagen schon bei der Ankunft besetzt waren von Schlauern, die sich vorher hinaufgeschwungen hatten. Diese Verdachtsgeschichte zeigt übrigens, was einem widerfahren kann, wenn man an Straßenbahnhaltestellen sich an dem Kampfe um das Mitkommen beteiligen muß. Wir sehen keinen Grund, nicht den Versicherungen der beiden jungen Leute zu glauben, daß sie tatsächlich schuldlos sind. Zu dieser Ueberzeugung ist sicherlich auch die Polizei gelangt; denn sonst würde sie nicht die „Verdächtigen“ nach Durchsuchung sogleich wieder entlassen haben. Die Auffassung des Beamten, daß sie „Nieme machten, die flucht zu ergreifen“, wird von ihnen sehr entschieden als irrig zurückgewiesen. Zu fliehen, hätten sie wirklich keinen Anlaß gehabt.

Für 20 000 M. Eisenwaren stahlen drei kaufmännische Angestellte einer bekannten Eisenwaren-Großhandlung in der Ritterstraße. Die noch jugendlichen Diebe brachten die nach und nach unterschlagenen Waren in einem eigens gemieteten Schuppen unter, von wo sie zu Schieberpreisen verschickt wurden. Die Sache kam erst dadurch an das Tageslicht, daß der eine Dieb, dem das Gewissen schlug, sich der Polizei stellte.

Gefährliche Reißigammlerarten a 1 M. hat ein Schwindler betrieben, der in der Uniform eines Gardefregates auftritt. Der Gauner findet Absatz für seine Scheine besonders in der Nähe des Grunewaldes, Zehlendorf usw., weil die Scheine auf den Grunewald lauten. Groß ist die Enttäuschung, wenn die Sammler von den Beamten des Zweckverbandes angehalten werden und nun erfahren, daß sie ihre Karl einem Schwindler gesopft haben.

Im Straßenbahnwagen vom Tode überrascht wurde die 50 Jahre alte Frau des Kellners Pflug aus der Steinmetzstr. 84. Sie verlor, als sie mittags mit einem Straßenbahnwagen der Linie 4 nach ihrer Wohnung fuhr, plötzlich die Bestimmung. Man brachte die Frau nach der nächsten Unfallstation, wo der Arzt feststellte, daß sie von einem Herzschlag getroffen worden sei.

Die Fortbildungs-Anstalt im Friedrichs-Gymnasium, zurzeit Friedrichstr. 128, eröffnet ihre Winterkurse am 9. Oktober. Sie bietet Herren und Damen Gelegenheit zu sprachlicher und technischer Fortbildung. Das Schulgeld beträgt für den ganzen Lehrgang von wöchentlich zwei Stunden 2,50 M., von wöchentlich vier Stunden 5 M. Die Unterrichtszeit liegt zwischen 8 und 10 Uhr abends. Anmeldungen werden Friedrichstr. 128 jederzeit angenommen.

Birkus Busch hat seit Sonnabend seine Porten mit einem glänzenden Programm eröffnet. Obenan stehen die Freiheitsdresuren der Althoffs. Und es lohnt sich, zu sehen, wie die gut dressierten Pferde der Sechzehnjährigen Adele Althoff auf Wort parieren. Auch die von Herrn Althoff selber vorgeführten Meisterdresuren zeugen von außerordentlicher Dressurkunst. In das Gebiet der Dressur gehört auch die Vorführung der sieben humoristischen Eisbären und die stiegenden Hunde von Maul Wolf, die jede Konkurrenz mit den gewandtesten Gymnastikern aufnehmen. Bemerkenswert ist auch das Auftreten von Tom Jack, dem Eislösig mit seinen Fesselkunststücken. Auch der Affenphilosoph „Arian“ zeigt wieder seine Gelehrsamkeit. Daß die beiden Clowns für den nötigen Humor sorgen, versteht sich am Rande.

## Aus den Gemeinden.

**Verteilung städtischer Lebensmittel in Charlottenburg.** Von Mittwoch, den 20., bis Sonnabend, den 30. d. Mts., werden in Charlottenburg auf Abschnitt 9 der roten Nahrungsmittelliste je 1/4 Pfd. Graupen und auf Abschnitt 10 1/2 Pfd. Erbsen oder Wofnen verteilt werden.

### Gemüschpreise in Charlottenburger Läden.

Trotz der gemüschreichen Jahreszeit findet man in zahlreichen Läden noch immer sehr hohe Preise für Gemüse, die gar nicht im Verhältnis zu den Erzeuger- oder Großhandelspreisen stehen. So sieht man Rot- und Wirtingstohl mit 20 Pf., Weichstohl mit über 10 Pf., Kohlrüben mit 20 Pf. das Pfund ausgezeichnet, während diese Arten im Großhandel etwa nur die Hälfte kosten. Um diesen unverschämten hohen Preisen der schweren Zeit entsprechend entgegenzutreten, hat die städtische Parkverwaltung in Charlottenburg einen Gemüschladen in der Kaiser-Friedrich-Straße 91 eingerichtet. Die Preise betragen hier für ausgefucht gutes Gemüse für Weichstohl 0,06 M., Rotstohl und Wirtingstohl 0,10 M., Kohlrüben und Rote Rüben 0,08 M., Sellerie und Suppengrün 0,15 M. für das Pfund, Kohlrüben 2 Pfund 0,25 M. Um den Gemüschhändlern Gelegenheit zu geben, zu gleichen Preisen zu verkaufen, erhalten diese dieselben Gemüsearten mit 20 Prozent Ermäßigung in der Stadtgärtnerei am Fürstendammweg. Es ist zu hoffen, daß auf diese Weise ein wirksamer Einfluß auf die Preise in den Charlottenburger Gemüschläden ausgeübt wird.

**Verkauf lebender Kaninchen in Reutlän.** Die Stadt Reutlän bringt am Dienstag und Mittwoch, den 19. und 20. d. M., nachmittags 4—6 Uhr, auf dem Eisenergrundstück Mittelbuschweg 28/27, wiederum einen größeren Posten von lebenden älteren Tieren zum Preise von 5—10 M. je Stück zum Verkauf. Die Kaninchen werden nur an Reutläner Einwohner abgegeben.

### Nachbestellung für Winterkartoffeln in Reinickendorf.

Die Frist, bis zu welcher Vorbestellungen auf Winterkartoffeln beim Gemeindeverband (Rathaus, Hauptstr. 88) entgegengenommen werden, ist bis zum 30. September verlängert worden. Der Preis beträgt, wie bekannt, für den Zentner frei Haus 4,75 M.

Die Potsdamer Wochenrationen sind für die Zeit vom 18. bis 25. September auf 250 Gramm Fleisch, 25 Gramm Feintalg gegen Fettmarke 8 (Preis 2,80 pro Pfund), ein Achtel Pfund Butter und 2 Eier pro Kopf festgesetzt. Auf die frühere Fettmarke wird noch Margarine bezugslos. Am Mittwoch werden die neuen Fettmarken ausgegeben.

### Zur Mitgliederversammlung in Eichwalde.

Auf die Entgegung des Gemeindevorstandes Genossen Brüche zum Verzicht der letzten Mitgliederversammlung erhalten wir vom Vorstand des Eichwalder Wahlvereins eine Zuschrift, der wir entnehmen, daß Brüche in den 1 1/2 Jahren seiner Tätigkeit nur in Mitgliederversammlungen Bericht erstattete und viele nicht als Veranstaltungen einer Sondergruppe betrachtete. Weiter wird mitgeteilt, daß zu dem Beschlusse Brüche bestrebt nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder und habe kein Recht, im Gemeinderat in ihrem Sinne zu sprechen — auch noch andere als die schon erwähnten Gründe geführt haben. Es wird ferner betont, daß Brüche, der sonst bei jedem Widerspruch gegen seine Haltung mit Mandatsüberlegung drohte, jetzt, wo ihm das Vertrauen seiner Wähler offensichtlich entzogen sei, nicht die Konsequenzen zieht.

## Gerichtszeitung.

### Gegen Kriegsverordnungen.

Zu einem wesentlich anderen Ergebnis als das Schöffengericht kam gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I bei einer Verhandlung einer Anklage wegen Vergehens gegen die Bestimmungen über die Verhütung von Metall und wegen Ueberschreitung der Höchstpreise.

Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, Besitzer einer Metallschraubfabrik und Fassendreherei, Adolph Mertens, wegen unzureichender Führung des Lagerbuchs zu 600 M. Geldstrafe verurteilt, im übrigen aber freigesprochen. Auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Berufung wurde in der gestrigen Verhandlung festgestellt, daß der Angeklagte in vier Fällen größere Posten Messingspäne an eine hiesige Firma abgegeben und dafür für 100 Kilo 100 M. berechnet, aber noch eine bestimmte Gewinnbeteiligung aus diesen Geschäften bezogen hat. Das Gericht hielt ihn in diesen vier Fällen der Ueberschreitung der Höchstpreise für schuldig. Der Angeklagte berief sich auf § 58 St.G.B., indem er behauptete, daß er irrtümlich der Ansicht gewesen sei, Messingspäne seien nicht unter die Verordnung. Die Strafkammer ließ diesen Einwand nicht gelten, da gegebenenfalls es sich nicht um einen tatsächlichen Irrtum, sondern um einen Rechtsirrtum handeln würde. Das Urteil wegen Höchstpreisüberschreitung lautete auf 6000 Mark Geldstrafe, hilfsweise für je 15 M. einen Tag Gefängnis. Über auch bezüglich der unzulässigen Befolgung der Bestimmungen über die Führung des Lagerbuchs hielt das Gericht die Strafe für viel zu gering und bemah sie hierfür auf 1500 Mark, hilfsweise 150 Tage Gefängnis.

### Teuer und groß.

Eine jener Höchstpreisüberschreitungen, die, wie der Vorsitzende betonte, dem Betrage sehr nahe liegen und gleichzeitig wieder einmal die jetzt von manchen Geschäftsleuten beliebte Art der Kundenbehandlung kennzeichneten, wurde gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte dem Schlächtermeister Theodor Frey aus der Altonaer Straße zur Last gelegt.

Der Angeklagte hatte im Mai d. J. einer Kundin auf zwei Fleischsorten, als auf diese noch je 300 Gramm Fleisch verabsolgt wurden, statt 600 Gramm Schweinefleisch nur 500 Gramm gegeben und hierfür 2,00 M. gefordert, während er für dieses nur etwa 1,00 M. hätte verlangen dürfen. Als die Frau, die schon wiederholt allerschöndesten Worten dem Meister wie „früher hab ich Ihr Knochenfleisch gegessen“ und dergl. hatte antworten müssen, das Gewicht beanstandete, bekam sie nur zur Antwort, sie solle sich die Fleischsorten einmal hinten ansehen, sie wisse doch sonst in der ganzen Gegend Bescheid. Kolgedrungen mußte sie als eingetragene Kundin am nächsten Tag wieder bei dem Angeklagten laufen. Da erhielt sie dann auf eine Karte von 300 Gramm nur 205 Gramm Schweinefleisch verabsolgt, hätte aber nicht nur diese 35 Gramm ein, sondern es wurde ihr das Fleisch mit 1,50 M. berechnet, einem Preise, der einem ganzen Pfunde entsprach. Nur dem Umstande, daß der Angeklagte noch nicht einschlägig vorbestraft war, hatte er es zu verdanken, daß es das Gericht bei der beantragten Geldstrafe von 400 M. bestieg.

### Seifenersatz aus alten Grammophonplatten.

Zu welchen Erfindungen der Krieg anregt, zeigte eine Anklage wegen Kriegswuchers, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg gegen den Inhaber des Vit-Laboratoriums in Friedenau, Günther, verhandelt wurde.

Unter dem Namen „Wäscheweich“ hatte der Angeklagte ein Seifenpulver für Schmierseife in den Handel gebracht und in Papierpacken verkauft, die 45 Gramm enthielten und 40 Pf. kosteten. Mit 1/2 Liter Wasser vermischt soll man dann nach der Anpreisung 1 Pfund beste Schmierseifenerfah erhalten. Der Verkauf ist von der Preisprüfstelle beanstandet worden, die mit Rücksicht auf die chemische Zusammensetzung den Preis für zu hoch erklärte und zu der Rechnung kam, daß bei dieser Mischung das Pfund Seife 8,80 M. koste. Deshalb liege Preiswucher vor. — Der Angeklagte behauptete, daß ihm jede Tüte selbst 20 Pf. koste und er sie für 32 Pf. an die Händler ablasse, die sie für 40 Pf. weiter verkaufen. Die Beurteilung der Angemessenheit der Preise war insofern schwierig, als der Angeklagte über die Bestandteile seiner Erfindung spezielle Angaben ablehnte und nur soviel verriet, daß ein Hauptbestandteil alte abgelegte Grammophonplatten in Verbindung mit Soda, Pottasche usw. bilde. Er berief sich für die Güte seiner Erfindung darauf, daß das Kriminallager, die Staatsanwaltschaft selbst, das Abgeordnetenhaus und andere Behörden, seine Abnehmer seien. — Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe. — Rechtsanwält Dr. Asberg wies für den Angeklagten darauf hin, daß „Wäscheweich“ nicht das Endprodukt sei, welches der Verbraucher benutze, vielmehr lasse er aus diesem Pulver erst das Endprodukt. Es sei also falsch, das Pulver selbst in Vergleich zu ziehen mit Seife. Nicht 45 Gramm, sondern 1 Pfund Seife seien in Vergleich zu setzen mit Seife. Das das Publikum erhalte, sei ein Pfund Schmierseifenersatz für 40 Pf., und dieses Pfund tue ziemlich dieselben Dienste wie ein Pfund Schmierseife, das zurzeit 2,00 M. koste. Der Gesichtspunkt, von dem die Preisprüfstelle ausgehe, sei auch in rechtlicher Beziehung falsch, denn die Voraussetzung für Bestrafung wegen Preiswuchers sei nicht die Ueberschreitung des Preises an sich, sondern die Ueberschreitung des durch den Preisansatz erstrebten Gewinnes. — Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten.

### Glend.

Ein soziales Glendbild, das gleichzeitig eine Anklage gegen die vielen schönen Reden über Fürsorge enthält, entrollte eine Verhandlung, die dieser Tage vor der Strafkammer in Bochum sich abspielte.

Ein Arbeiter aus der Umgegend von Recklinghausen war mit einem Strafmandat bedacht worden, weil seine Kinder den Schulbesuch versäumt hatten. Infolge Antrages auf gerichtliche Entscheidung hatte das Schöffengericht den Sünder freigesprochen, weil er eingewendet hatte, bei einem Tagesverdienst von 7 M. sei er nicht in der Lage, seine 11köpfige Familie ordnungsgemäß zu kleiden. Die Kinder hätten kein Schuhwerk und auch kein genügendes Zeug, um sie in die Schule schicken zu können. Die als Zeugen vernommenen Lehrer bestätigten die Aussage des Beklagten. Die Strafkammer, die auf Veranlassung des Staatsanwalts zu entscheiden hatte, gelangte ebenfalls zu einem Freispruch. Das Urteil wurde unter anderem damit

begründet, daß auf Grund der Schulordnung Kinder in unordentlicher Kleidung von dem Unterricht zurückzuweisen seien. Das Glend, das sich hier offenbart hat und absolut nicht vereinigt darstellt, ist so entsetzlich, daß alles zu seiner Abhilfe getan werden sollte. Einmal ist der Lohn zu gering, zweitens sind die Preise für die Waren des Lebensunterhalts viel zu hoch und drittens mangelt es an der notwendigen sozialen Fürsorge. Auf diese Dinge ist unsererseits so häufig hingewiesen worden. Auch im Zeichen der hochschlagenden Redewellen über Fürsorge fehlt die helfende und vorbeugende Tat.

## Aus aller Welt.

### Mutlich tot, nichtamtlich am Leben.

Dem „Hamburger Fremdenblatt“ ging kürzlich folgendes Schreiben zu: Eine in der Gemeinde Kranz wohnende Frau Schwarz erhielt dieser Tage von militärischer Seite die Mitteilung, daß ihr im Westen kämpfender Mann gefallen sei. Auf Grund dieser Mitteilung wurde eine Todesanzeige veröffentlicht. Gleich darauf folgte ein Brief von anderer Seite, der besagte, daß der Gefallene nicht ihr Mann gewesen sei, sondern nur mit dem Mantel ihres Mannes zugedeckt gewesen sei. Jetzt ist eine amtliche Meldung des Regiments, in dem Schwarz diente, eingegangen, daß Schwarz tatsächlich gefallen sei. Die nächste Post aber brachte der Frau eine Karte aus Frankreich, die von ihrem Mann geschrieben war. Er teilte ihr mit, daß er sich in Gefangenschaft auf dem Transport befinde und es ihm gut gehe. Also trotz zweimaliger amtlicher Todesbestätigung lebt Schwarz dessen ungeachtet weiter. Der Mann muß es schließlich am besten wissen, ob er noch lebt oder nicht. (a)

**Kleine Ursachen, große Wirkungen.** Ein Wasser-Watt berichtet über nachschießende seltsamen Vorgänge: Letzten Mittwoch belustigte sich ein Dittendub auf den Totesdu von Sentier im Canton Vaud damit, seinen Stod in die Höhe zu werfen und wieder aufzufangen. Wir haben in Basel für diese Uebung das schöne Zeitwort „Lamburnsajeric“. Durch einen unglücklichen Zufall blieb dem Duben der Stod auf den Leitungsdrähten des Werkes der Gang der Joug hängen. Allein das Holz wurde nach und nach durch einen vorerfüllten Elektrizitätsleiter. Es entstand Kurzschluß, und Licht und Kraft waren plötzlich abgesperrt. Nicht bloß wurde das ganze Netz der Ballen betroffen, sondern auch die Bahn Rhon — St. Cergues konnte etwa eine Stunde lang nicht verkehren. Die Fabriken standen still, und viele Arbeiter mußten feiern, ohne daß man in der Zentrale den Grund der Unterbrechung ermitteln konnte. Erst als man beim Schein einer Acetylenlampe die Leitung absuchte, entdeckte man die Ursache. Sobald der Stod entfernt war, setzte der Strom wieder ein.

**Wiederherstellung der Brücke über den St. Lorenzstrom.** Aus Ottawa wird gemeldet, man habe beschlossen, den mittleren Bogen der Brücke über den St. Lorenzstrom mit Quebec sofort wiederherzustellen. Der Vorsitzende der Brückenbaukommission habe der Regierung über das Unglück Bericht erstattet; es sei nach Ansicht von Fachmännern nicht auf Fehler in der Konstruktion zurückzuführen.

**Ungefaltet.** Monsieur Deißler, der Scharfrichter von Paris, hat seit Ausbruch des Krieges nichts zu tun; er ist, wie die „Kreuzzeitung“ mitzuteilen weiß, bei der Regierung um eine anderweitige Verwendung eingekommen. Sein Wunsch wurde gewährt; seit Ausbruch des Krieges ist er Verwaltungsbeamter des Gesundheitswesens. Der Scharfrichter wurde „Sanitätsrat“.

**Eine Untertunnelung des Vosporus?** Die „Mitteleuropäische Orient-Handels-Union“ (gegründet im Jahre 1898) als „Deutsch-Osterrösterreichischer Orientklub“ gibt für seine Mitglieder ein Nachrichtenblatt heraus, in dem sich unter anderem folgende Notiz findet: Das Projekt einer Untertunnelung des Vosporus liegt uns in einem sachmännlichen Bericht zur Begutachtung vor. Bislang war mehrfach von der Errichtung einer Eisenbahnbrücke über den Vosporus gesprochen, wie auch dieser Zukunftsplan in seiner ganzen Stille im Werke von Siegm. Schneider „Die Deutsche Bagdad-Bahn“ seinerzeit veröffentlicht wurde. In diesem Werke befindet sich ein Titelbild: „Die projektierte Sultan-Abdul-Hamid-Brücke von Rumelijeh bis am europäischer Ufer nach Anadolijeh durch am Ostende Vithyentens. 680 Meter Länge.“ — Ob eine solche Eisenbahnbrücke erbaut werden kann, läßt sich dahingestellt. Richter ausführbar scheint die Idee, den Vosporus zu untertunneln und Asien und Europa durch eine Untergrundbahn zu verbinden. Sicher wird dieses Projekt schon aus strategischen Gründen die größte Unterstützung der Regierung finden. Die Benutzung der Strecke wird außerdem eine solche starke sein, daß sich eine Rentabilität ohne weiteres ergeben wird. Allerdings dürfte durch einen Vosporus-Tunnel dem Dampfverkehr zwischen der türkischen Hauptstadt und Sultani großer Abbruch getan werden. Hier wird auch ein Hauptgrund für die Gegnerschaft dieses Tunnelprojektes zu finden sein.

### Parteiveranstaltungen.

**Rosenthal-Niederhöndhausen-West.** Die Säkularausgabe der Wahlvereins-Bibliothek erfolgt jeden Donnerstagabend von 7-1/2 Uhr in der Wohnung des Genossen Burkhart, Waldenstr. 5, I.

### Jugendveranstaltungen.

**Friedrichshagen.** Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Jugendheim: Vortrag des Genossen A. W. I. über: „Von Baffau bis Konstantinopel zu Rom“. Die Eltern werden gebeten, diese Veranstaltung zu besuchen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.

**Das Abturnen der Männer- und Frauenabteilungen des Turnvereins „Nichte“ am Sonntag, den 17. d. M., zeitigte folgende Ergebnisse:**

**Männer:** Ringen, Stabhochspringen, Speerwerfen, Laufen über 100 Meter. Gunt, 8. Wdt., 70, Voltz, 2. Wdt., 64, Bahle, 6. Wdt., 58, Gnah, 17. Wdt., 58 Punkte.

Die besten Leistungen erzielten: Hocht in 100-Meter-Lauf 12 1/2, Sel, Kugelhaken 7 1/2, Kilogramm 9,00 Meter; Stabhochspringen: Gunt und Voltz je 2,80 Meter; Speerwerfen: Gnah 88,50 Meter.

**Frauen:** Hürdenlaufen, Stabhochspringen, Speerwerfen, Hochspringen und eine Pflichtübung. M. Raumann, 5. Wdt., 6 1/4, E. Lange, 8. Wdt., 6 1/2, G. Heimann, 1. Wdt., 5 1/2, R. Jährenwald, 1. Wdt., 4 1/2, G. Gensche, 7. Wdt., 4 1/2 Punkte.

Die besten Leistungen erzielten: 100-Meter-Hürdenlaufen: E. Lange 17 Sekunden; Hochspringen: M. Raumann 1,30 Meter; Speerwerfen: G. Raumann 19 Meter; Stabhochspringen: E. Margraf 4,20 Meter.

Es beteiligten sich 31 Turner und 46 Turnerinnen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten im 2. H. IV. Sonntag, 2. Oktober, am Sonntag die Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Über die den Briefkasten bestimmenden Anträge ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressen beigesetzt sind, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in die Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. 50. 1. und 2. Wenden Sie sich an Herrn Oskar Schäfer in Berlin-Tempelhof, Rellierin-Kunstraßen-Str. 70. — G. 19. Meldung beim Haupttelegraphenamt, Französische Straße, Ecke Oberwallstraße; alles weitere erfahren Sie dort. — W. 100. Wenden Sie sich unter Darstellung Ihrer Lage an das Steuerbureau Ihres Bezirkes um besondere Unterstützung. — G. 100. Wenden Sie sich an den Leiter der Postämter für Nachschneider, Straßmannstr. 6. Ueber alle Einzelheiten erhalten Sie dort Auskunft. — G. 126. Beim Verband der Schneider und Schneiderinnen, Schönhauserstr. 37/38, dürfte Ihnen beste sachliche Auskunft erteilt werden. — G. 94. Entzündung des weichen Regens des Vornhant. — H. D. Richter Straße, Karstadt Deutscher Buchdrucker, Friedrichstr. 259. — W. 1. 3982. Zunächst bei dem Postamt, wo die Sendung ausgegeben ist. — G. 21. Ist nicht anzunehmen, aber eine absolute Garantie gibt es nicht. Bisheriger Verlust ist ausgeschlossen. — H. 145. Die Kriegsschuldung ist tatsächlich auf 5,00 M. festgesetzt. Sie ist nicht das Doppelte der Friedensschuldung. — Köhler 100. Ist nicht zu empfehlen. Selbstübung mit Energie und Ausdauer

führt aber zum Ziel. — H. M. 1889. 1. Zu erfragen bei der Post 2. Im nordwestlichen Frankreich, unweit des Golfes von St. Malo, im Departement Manche. 3. Kann direkt gefandt werden. — Das. 46. Zu beziehen durch den Norddeutschen Verlag, Wilhelmstr. 32. — G. 2. 10. An den Hamburgischen Landeskreis vom Roten Kreuz, Auslieferung für deutsche Kriegsgefangene, Fernbrandstr. 75, Hamburg. — G. 21. 1. Siehe unter G. 2. 10. 2. Ja. 3. Einmaliger Brief mit näheren Angaben genügt. — H. M. 39. Derartige Institute nachzuweisen, sind wir nicht in der Lage. Adressen finden Sie im 2. Band des Kriegsbuches, Teil IV, S. 67. — G. 50. Arbeitsterritorienmäßig im Felde. — G. 111. Der Verdacht hat Anspruch auf Krankentage von der 27. Woche seiner Krankheit ab. Der Antrag ist beim Versicherungsamt, Berlin, Klosterstr. 67, unter Einreichung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Quittungsliste zu stellen. — Kirchensteuer. Sie werden den Beweis für Ihren Austritt aus der Landeskirche durch Vorlegung der amtgerichtlichen Bescheinigung erbringen müssen. Dann wird Ihnen auch die zu Unrecht erhobene Steuer zurückgezahlt werden. — G. 3. Reventanz; zeitlich unzulässig. — Recht. Ja. — H. 6. 77. Für den zum Jahre Eingezogenen sind Annullenmarken nicht zu liefern. — H. M. 42. Der Wechselbetrag kommt jedenfalls durch die neue Tabaksteuer zustande und Sie sind verpflichtet, diese zu zahlen. — H. G. 100. Greiden; zurückgezahlt. — W. G. 6a. 1. Tomaten kann man für den Winter als Brot einmachen zur Verwendung für Suppen und Tunken. Die gereinigten und vom Stiel befreiten Tomaten werden in Stücke gehoben und auf kleinem Feuer im eigenen Saft gekocht. Darauf treibt man sie durch das Sieb. Den Saft läßt man in Flaschen mit Waternverschluss oder in Beckgläser, die aber nicht zu voll sein dürfen, unweit die mit Deckel und Linsen, damit sie nicht plagen und kocht die Flaschen eine halbe Stunde vom Beginn des Kochens ab gerechnet im Wasserbad. 2. Der Wöbelhändler kann, wenn Sie den Vertrag nicht unterschrieben haben, nur Zahlung von Ihrem Manne verlangen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags.** Heutlich kühl, zunächst vorwiegend trübe mit weitverbreiteten Regenschauern; später im Westen beginnende neue Aufhellung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.**  
Bezirk Reinickendorf-West.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse  
**Gustav Symmank**  
am Donnerstag, den 14. d. M., an Herzkrankheit verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in der Humboldtstraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
245/17 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klompner  
**Emil Kittmann**  
Abd. 66  
am 14. September verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Archihofes, Hermannstraße, aus statt.  
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Raschmaler  
**Gustav Symmank**  
Reinickendorf, Eichhornstr. 94  
am 14. September verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
122/18 Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.**  
Am Freitag, den 15. September, verschied nach kurzer Krankheit im Alter von 44 Jahren unser Mitglied und Kamerad  
**Wilhelm Bindzus.**  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 19. September, nachmittags 5 Uhr, von der Kapelle der Lützen-Gemeinde am Neuen Bülow-Brücker Weg, Charlottenburg, aus statt.  
Der Vorstand.

Am 14. September verschied nach kurzem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister und langjährigster Druckereibesitzer  
**Emil Kloß**  
im Alter von 68 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 11602  
Die Kollegen der Hofbuchdruckerei Jul. Sittenfeld.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Südwest-Friedhof, Glashof, aus statt.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Industriearbeiterin  
**Berta Fährerich**  
von der Firma Heiler, Oberlößnitz, am 12. September im Alter von 34 Jahren verstorben ist.  
Ghre ihrem Andenken!  
68/4 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die betrieblende Nachricht, daß unser lieber  
**Bernhard**  
am Sonnabend, den 16. d. M., nach kurzem Krankenlager in nicht ganz vollendetem 10. Lebensjahre sanft entschlafen ist.  
Um hilfes Beileid bitte!  
**Otto Bleich und Familie.**  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Dantes-Friedhof (Wannsee) statt.  
12678

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stanger  
**Joseph Kirschke**  
am 11. September verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
169/12 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes und guten Vaters  
**Max Neuhäuser** sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Verband der Schneider, dem Wahlverein, der Firma Herrman Person und seinen Kollegen unseren besten Dank.  
Fran Neuhäuser nebst Kindern.

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 6. September 1916 durch einen Kopfschuß mein lieber, unversehrlicher Bräutigam, der Viehfeldweibel  
**Paul Kruse**  
Inf.-Regt. Nr. 373, 2. Komp.  
Inhaber des Eisernen Kreuzes im Alter von 27 Jahren.  
Er war 25 Monate im Kampfe. In tiefem Schmerz  
**Anna Tännigow** als verlobte Braut nebst Mutter u. Geschwister.  
Es war mir nicht beschieden auf Erden dieses Glück.  
Denn Du, mein lieber Paul, fehlst nimmermehr zurück.  
So ruh' denn wohl, Du treu geliebtes Herz,  
Da hast den Frieden und ist den blühenden Schmerz.  
Deine untröstliche Frau.

**Dankfagung.**  
Für die herzlichsten Beweise inniger Teilnahme und den Blumenkranz bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes und Bruders, des Musikleiters  
**Erich Frandt**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Sportklub „Teleklub“ und „Normannia“, ferner dem Personal der Firma S. Röder unseren herzlichsten Dank.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen 1916  
Familie Gustav Frandt.

**Möbel-Angebot.**  
Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsbegünstigung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten C. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

**Herren- und Speisezimmer**  
kaufen gegen sofortige Barzahlung  
**Clavier & Co., Oranienburger Str. 27.**  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, N.